Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die „Volksstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage). Verantwortlicher Redakteur für den Teil Lokales und Provinzielles Carl Wendemuth, für die Inserate Rudolf Kochanski, Halle, für den übrigen Inhalt Ernst Wittmaack, Magdeburg. — Verlag der Volksstimme G. m. b. H., Halle, Große Ulrichstraße 27. — Druck von W. Pfannkuch & Co., Magdeburg, Große Münzstraße 3. — Zeitungspreisliste Seite 411.

Bezugspreis: Monatlich 80 Pfennig, beim Abholen von der Expedition monatlich 70 Pfennig. Bei den Postanstalten 2.10 Mark ohne Bestellgeld. Einzelne Nummern 5 Pfennig. — Insertionsgebühr: Die 6gespaltene Kolonelzeile 20 Pfennig, Inserate von auswärts 25 Pfennig, im Reklameteil Zeile 75 Pfennig. — Verlag und Expedition: Halle, Große Ulrichstraße 27. Fernsprecher 5407.

Nr. 122. Halle, Sonnabend den 20. Oktober 1917. 1. Jahrgang.

Die Zukunft und wir.

Die Augen der Sozialdemokraten Deutschlands sind auf Würzburg gerichtet. Dort entscheidet der Parteitag über die wichtigsten Streitfragen, die uns so lange beschäftigt haben. Dort ist aufs neue und kräftig unterstrichen worden, daß die Sozialdemokratie in jeder Hinsicht die Friedensarbeit fördert, daß sie aber festhält an der Verteidigung des eignen Landes, solange die Gegner nicht zum Frieden geneigt sind.

Ueber diese Fragen der Gegenwart hinweg heißt es für die Partei des werktätigen Volkes jedoch den

Blick in die Zukunft

zu richten und klar die Linien zu erfassen, in denen sich unsre Arbeit zu bewegen hat. Am Donnerstag unterzog sich Abgeordneter Scheidemann der dankbaren Aufgabe, diesen Weg ins Land der Zukunft aufzuzeigen. In einer rhetorisch glänzenden Rede hob er die Größe unsrer Ziele, aber auch die Schwere unsrer Verantwortung hervor. Wir heben die bedeutungsvollen und für alle Volkskreise lehrreichen Ausführungen hier aus dem allgemeinen Bericht heraus:

In dem Augenblick, in dem sich das alte gewohnte Bild des Parteitags vor unsern Augen wieder entfaltete, drang die furchtbare Größe dessen, was wir seither erlebt haben, erneut mit betäubender Wucht auf uns ein. Ein Parteitag findet wieder statt. Wir stehen nun 3 Jahre und 3 Monate in dem ungeheuersten aller Kriege und sehen auch heute nur erst undeutlich

das Ende in dämmernder Ferne

vor uns. Manneskraft und Wirtschaftsgut aller Völker sind zum großen Teile vernichtet worden, und kein Rechenmeister wagt zu sagen, wieviel am Ende des Krieges noch übrigbleibt. Ebensowenig vermögen wir uns heute ein Bild von dem politischen und wirtschaftlichen Kräfteverhältnis der Staaten untereinander zu machen, solange draußen noch um die Entscheidung gekämpft wird. Ebenso stehen wir in unsern eignen wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen in einem Strome der Entwicklung, von dem wir nur wissen, daß er reißend ist, aber nicht sagen können, wo er mündet.

Klar in dieser Fülle der Unklarheiten ist nur eins: Alles müßte für die Menschheit ein verzweifelt schlechtes Ende nehmen, wenn sie sich von den Ereignissen treiben ließe und auf jeden Versuch verzichtete, diesem geschichtlichen Geschehen die Gesetze ihrer Vernunft und ihres Willens aufzuzwingen. Nur die alten abgelebten, hoffnungslos vom Schicksal Zermürbten setzen sich an den Wegrand, um das Ende abzuwarten. Wir aber wollen leben und haben

zum Leben auch den Mut und die Kraft.

(Beifall.) Wir als Sozialisten haben Pflichten zu erfüllen gegenüber unsrer großen Familie, der deutschen Volksfamilie, und gegüber der noch größeren Menschheitsfamilie, die sich im Bruderkampf zerfleischt. Wir haben nicht das Recht, auch nur für einen Tag stumm oder zaghaft zu werden. Und wie die tapfern Ostpreußen und die tapfern Belgier und Franzosen des Kriegsgebiets, die in den Kellern ihrer zerschossenen Wohnstätten fest blieben in dem Glauben an eine bessere Zukunft, so müssen auch wir, denen der Krieg alles zertrümmert hat, an den Morgen denken, der dieser Nacht des Völkerrasens folgen wird, an den Tag des Wiederaufbauens und der Völkerversöhnung.

Gewaltige Aufgaben erwarten uns. Wir werden uns vielleicht manchmal zurücksehnen in die Zeit, wo wir verfolgt und unterdrückt waren, denn damals waren wir ja jeder Verantwortung frei und stets lebhaften Beifalls sicher, wenn wir das Spiel der Herren im Ordensschmuck und Ministerfrack schonungslos kritisierten. Unsre Kritik war auch berechtigt, nützlich und fruchtbar, aber Zeit und Verhältnisse haben sich geändert. Es ist undenkbar, daß wir nicht auch

selbst uns damit geändert

hätten, daß wir in dieser Zeit ungeheurer Veränderungen uns den Wahlspruch derer von Massow zu eigen machten: Massow was so, is so, bliwt so! (Heiterkeit.) Wir haben lange genug die wirtschaftliche Entwicklung studiert, um zu wissen: wer nicht freiwillig mit geht, den zieht sie an den Ohren mit. (Heiterkeit.) Das werden die ewig Konservativen von rechts und links noch erfahren. (Sehr gut!) In taktischer Beziehung sind wir beweglicher geworden, weil die Stellung der Arbeiterklasse sich durch den Krieg erheblich verändert hat. Der Imperialismus dachte in diesem Kriege seine Schlachten mit dem Proletariat zu schlagen, und mancher Schmerzensschrei ist darüber ertönt, mit welcher Leichtigkeit der Imperialismus aus dem Proletariat seine Schlachtreihen bildete und immer wieder füllte. Und doch hat der Krieg die Klassenherrschaft der Bourgeoisie über das Proletariat nicht gestärkt, im Gegenteil: die Proletarier haben überall das Bewußtsein gewonnen, daß der Staat, für den sie kämpfen, nach dem Kriege noch weniger als vorher bloß staatlicher Klassengegner sein wird.

Die Arbeiterklasse ist nicht mehr eine amorphe Masse, sondern organisiert; die organisierte Arbeiterklasse kann sich aus tausend Gründen nicht gegen den Staat stellen und hat es nirgends getan. Denn die prinzipiellen Kreditverweigerer in Rußland, Serbien und Bulgarien, so hoch wir ihren Mut schätzen, sind nicht Vertreter einer organisierten Industriearbeiterschaft. Aber wenn das organisierte Proletariat für den Existenzkampf des Staates stand, so dachte es doch nicht daran, lediglich imperialistisches Kanonenfutter zu sein, sondern hielt überall seine besonderen Klassenideale und Klassenziele aufrecht. Das Proletariat ist

kein Mietsoldat der herrschenden Klassen,

sondern ein durch die Not hervorgezwungener Bundesgenosse, der am Schlusse seine Rechnung präsentieren wird. Wir stehen erst am Anfang der ungeheuern Machtverschiebung zugunsten des Proletariats, die der Krieg hervorgerufen hat, und dadurch hat die sozialdemokratische Partei die unmittelbare Anwartschaft auf die Macht im Staate gewonnen. So oder so wird sich das parlamentarische System durchsetzen. Deutschland wird nach dem Krieg ein demokratisch-parlamentarisches Staatswesen, die Mehrheit wird auch die Regierungsstellen und die Verantwortung übernehmen müssen. Die erste Reichstagswahl nach dem Kriege wird eine ganz andre Bedeutung haben, als jemals eine Wahl zuvor. Wenn nicht alles täuscht, wird sie uns eine sehr große Macht bringen. Dann werden wir nicht mehr die Annehmlichkeiten der Opposition genießen und andern die Verantwortung überlassen können. (Sehr wahr!) Kann denn jemand in Deutschland wünschen, daß Deutschland nach dem Kriege

von einem antisozialdemokratischen Blocke regiert

wird, in dem die Konservativen, Alldeutschen und Scharfmacher die Führung hätten? (Sehr wahr!)

Bei der nächsten Reichstagswahl geht es um den entscheidenden Einfluß im Staat, um die Regierung selbst. Wir müssen an jedem Tag, an dem uns das Volk dazu beruft, bereit sein, die sozialistischen Grundsätze in die Wirklichkeit zu übertragen. Und da stehen wir vor einem gewaltigen Problem, das uns schon in Friedenszeiten in unsern Träumen manchmal Alpdrücken verursacht hat. Und doch, hätte uns damals ein weltpolitischer Zufall plötzlich zur Macht gebracht, so wäre es ein Kinderspiel gewesen im Vergleich zu dem, was wir jetzt leisten müssen. Damals strotzte das Land vom Reichtum einer großen kapitalistischen Prosperitätsepoche. Jetzt wird das Land der Verheißung kein gelobtes Land sein, in dem Milch und Honig fleußt. Wir sind arm, entblößt, blutend aus tausend Wunden, wir haben kaum genug Brot für alle. Drei Jahre lang hat die ganze Bevölkerung wirtschaftlich unproduktiv gearbeitet. Der wachsende Berg bedruckten Papiers zeigt unsre Verarmung und Verschuldung an. Und in diesem Trümmerhaufen sollen wir

die Vergesellschaftung der Produktionsmittel

und ein neues System der Güterverteilung durchführen, sollen wir dafür sorgen, daß jeder ein Dach über seinem Kopfe, jeder sein Essen und seine Kleidung erhält, und dabei langt es nicht hier und dort. Da könnte die Aufgabe selbst den Mutigsten schrecken.

Der Sozialismus ist nach unsrer Ueberzeugung etwas unendlich Großes, aber keine Macht der Idee kann die Menschheit aus der Hölle, die sie sich selbst bereitet hat, mit einem Schlag ins Paradies hinüberführen. Auch unter dem besten System werden die Wunden nur langsam heilen. Kommen wir nach dem Kriege zur Macht, müssen wir mit der

Gefahr schwerer Rückschläge

rechnen. Wir müssen deshalb sehr vorsichtig mit unsern Verheißungen sein und können dem Volke nicht den Himmel auf Erden versprechen. Aber mit gutem Gewissen und voller Ueberzeugung erklären wir, daß der Aufbau und die Erholung nach dem Krieg anders überhaupt nicht denkbar ist als durch die methodische Durchdringung der ganzen Wirtschaft mit dem sozialistischen Prinzip. Wir dürfen nach dem Kriege nicht mehr Theoretiker und Agitatoren bleiben, sondern müssen Praktiker des Sozialismus werden. (Lebhafter Beifall.) Und wir dürfen dabei nicht vergessen, daß der Sozialismus nicht Zweck, sondern nur Mittel zum Zweck ist, um den materiellen und geistigen Wohlstand des Volkes zu heben. Deshalb müssen wir uns vor Prinzipienreiterei hüten und jede Maßregel nur daraufhin ansehen, nicht nur, ob sie sozialistisch, sondern ob sie auch praktisch ist. Durch verkehrte Anwendung unsers Prinzips und Anwendung an einer falschen Stelle können wir nur unser Prinzip selbst schädigen. Nützen kann es zunächst nur da, wo es der breiten Masse greifbare Vorteile bietet. Wir können nach dem Kriege nicht rein sozialistisch wirtschaften und jeden Betrieb bis zum letzten Barbierladen verstaatlichen, aber Reich, Staat und Gemeinde, Gewerkschaft und Genossenschaft werden im Wirtschaftsleben nach dem Krieg eine ganz andre Rolle spielen als zuvor. Der

Prozeß der Durchstaatlichung

wird sich nachher viel rascher vollziehen. Welche Wirtschaftszweige das Reich übernehmen muß und welche der privaten Initiative zu überlassen sind, kann nur von Fall zu Fall entschieden werden. Das Ziel ist: des Volkes Kraft auf die höchste Stufe der Produktivität zu heben, die vorhandenen Arbeitskräfte voll auszunutzen zum Wohle der Allgemeinheit. Wir werden nach dem Kriege kein Schlaraffenleben haben, sondern an jeder Stelle wird mit voller Hingabe gearbeitet werden müssen. Aber wir werden auch den Grundsatz beherzigen, daß ein Volk nicht reicher, sondern ärmer wird, wenn es Raubbau treibt mit der menschlichen Arbeitskraft. (Lebhafter Beifall.) Darum nach dem Kriege erst recht Sozialpolitik und endlich ernsthafte Bevölkerungspolitik! Die Sozialpolitik muß mit der Wirtschaftspolitik so in Verbindung gebracht werden, daß sie die Produktivität nicht hindert, sondern erhöht. Die individualistische Betrachtungsweise der Wirtschaft will dem einzelnen mit möglichst geringem Kraftaufwand einen möglichst großen Teil der allgemeinen Gütererzeugung sichern. Die sozialistische Auffassung will, daß jeder einen möglichst großen Anteil zur allgemeinen Gütererzeugung beiträgt und sichert ihm dafür den

Anspruch, als Kulturmensch behandelt,

entlohnt und möglichst lange erhalten zu werden. Wir beziehen deshalb den Begriff der Arbeit nicht etwa eng nur auf körperliche Arbeit. Die wertvollste Arbeit leistet, wer Arbeit sparen will. Dem Organisator der Arbeit winkt in Zukunft das größte Ziel.

Zur Erfüllung aller dieser Aufgaben reicht die Kraft unsrer Partei nicht aus, sie greift weit hinaus über den Rahmen unsrer Parteiorganisation, die auf den politischen Kampf eingestellt ist. Sie ist eine allgemeine nationale Angelegenheit. Wer in Zukunft seinem Volke dienen will, wird praktischer Sozialist sein müssen, auch wenn er nicht zu unsrer sozialistischen Kampfgemeinschaft gehört. Zu diesem

praktischen Sozialismus

rufe ich alle auf, die vom Wesen der neuen Zeit einen Hauch verspürt haben. Die letzte Entscheidung über unsre Zukunft fällt erst beim wirtschaftlichen Wiederaufbau. (Sehr wahr!) Eine kleine, aber sehr einflußreiche Schicht schwört auf das freie Spiel der Kräfte. Wir wollen gewiß nicht nach Schema F sozialisieren und der freien Initiative den Weg verbauen; aber die einfache Rückkehr zum freien Spiele der Kräfte müßte zu einer wahren Katastrophe führen. Wie sollen wir die notwendigen Rohstoffe bekommen ohne staatliche Reglung, wie werden sich die Preise der Lebensmittel stellen, wenn durch Aufhebung der staatlichen Reglung schrankenloser Preistreiberei Tür und Tor geöffnet wird? Wie sollen Arbeitslosigkeit und Lohndruck verhütet werden? Eine ordnungslose Wirtschaft müßte ein solches Maß von

Massenelend und Massenverbitterung

erzeugen, daß der gewaltsame Ausbruch nahezu gewiß wäre. So drängt sich der Sozialismus von selbst auf als Notstandsmaßnahme der staatlichen Selbsterhaltung. (Sehr gut!)

Und auch von der finanzpolitischen Seite drängt er sich auf. Ein fünfmal größerer Betrag als früher wird durch die öffentlichen Kassen gehen, um Zinsen, Renten und Unterstützungen, Löhne und Gehalte zu zahlen. Keine Lösung des staatlichen Finanzproblems ist denkbar ohne eine gründliche Vermögensabgabe und Monopole. Diese sozialistische Wirklichkeit würde sich aufzwingen, wenn es nie eine sozialistische Theorie und Propaganda gegeben hätte. (Sehr wahr!) Weil wir zum Sozialismus gezwungen sind, sind wir auch zur Demokratie gezwungen. Die Machtfülle, welche die wirtschaftliche Entwicklung dem Staate gegenüber dem einzelnen in die Hand gibt, würde eine unerträgliche Tyrannei, wenn sie von einer unbeschränkt waltenden Bureaukratie gehandhabt würde. Gegenüber der zer-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519171020-16/fragment/page=0001

malmenden Macht der bureaukratischen Zentralgewalt braucht jeder einzelne den festen Panzer

gesicherter staatsbürgerlicher Freiheit.

Niemand soll einem Gebot unterworfen sein, an dessen Erlaß er nicht gleichberechtigt mitgewirkt hat. Behörden, Minister und Kanzler, die versagen, müssen rasch entfernt werden können. Wir brauchen Demokratie im Staat und Selbstverwaltung, wenn nicht Reglementierei fruchtbare Arbeit erdrücken soll. Deutschland braucht die Demokratie, um leben zu können, nicht nur für den Krieg, sondern auch für die kommende Friedenszeit.

Den Weltfrieden zu sichern, muß nach diesen maßlosen Greueln unsre vornehmste Aufgabe sein. Am furchtbaren Schicksalstag des 1. August 1914 haben wir das nicht gekonnt. Möge uns das Volk, mögen uns alle Völker die Kraft verleihen, daß wir es in Zukunft können. Das Volk selbst muß Garant der kommenden Völkerverträge, der

nimmermüde Wächter des Friedens

sein. Nach dem Kriege werden wir untersuchen müssen, inwieweit heimische Einrichtungen oder bei uns herrschender Geist zu den Ursachen der Menschheitskatastrophe zählen, und wo wir solche Fehler erkennen, werden wir sie mit Stumpf und Stiel ausrotten. Ein tüchtiger Volkswille zur Freiheit wird auch stark genug zum Frieden sein, stark nicht durch Waffenrüstung. Was macht denn unsern Hauptgegner in diesem Kriege, England, so stark, und was ist unsre schlimmste Schwäche? England hat verstanden, die ganze Welt zum Freunde zu gewinnen, und wir haben die ganze Welt als Freund verloren! (Sehr wahr!) Das soll anders werden. Wir rüsten zu einem neuen Kampfe mit England, zu einem Kampfe nicht um die flandrische Küste, sondern um die Sympathie der Völker, um die Seele der Welt. (Lebh. Beif.) Nicht U-Boote oder Tanks können diesen Krieg gewinnen, sondern nur der wetteifernde Fortschritt in freiheitlichen und sozialen Einrichtungen. Für diesen friedlichen Wettkampf bietet sich ein unendlich weites Feld. Der Krieg hat bei allen Völkern überall die gleichen Schwächezustände erzeugt und überall die gleichen Maßnahmen zur Wiederherstellung. Niemals scheinen sich die Völker so ähnlich zu sein, als wenn sie miteinander Krieg führen.

Eine nahezu vollkommene Gleichmäßigkeit zeigt sich, wenn es sich

um eigentliche Arbeiterforderungen

handelt. Bei den Beschlüssen der Gewerkschaftskonferenz in Leeds oder der internationalen Gewerkschaftskonferenz in Bern konnte es gar keine Meinungsverschiedenheiten nach nationalen Gesichtspunkten geben. Das ist der eigentliche Grund, warum die Engländer sich von Bern fernhielten und die Franzosen mit Gewalt ferngehalten wurden. Als alter internationaler Sozialist bin ich Nationalist genug, um zu wünschen, daß Deutschland in diesem friedlichen Wettkampf am allerbesten abschneidet. Wenn unsre heutigen Gegner dann nach Deutschland kommen, um unsre sozialen Einrichtungen zu studieren, wollen wir die, die heute kein gutes Haar an uns lassen, mit herzlichster Freude und stiller Genugtuung begrüßen, daß sie nun doch bei uns das Gute suchen. In diesem Sinne bin ich nur Sozialpatriot, sondern sogar Sozialchauvinist. (Heiterk. u. lebh. Beif.)

Wir wollen aufrichtig gestehen, daß die Sinnesart eines kleinen Teils unsers Volkes nicht unschuldig an dem Weltbaß ist, der uns umbrandet. Ich wiederhole: Damit wird aufgeräumt werden. Deutschlands Politik nach dem Kriege muß so beschaffen sein, daß an ihrer Freiheitlichkeit, Rechtschaffenheit und Aufrichtigkeit nach innen und außen kein Zweifel möglich ist.

Was vor uns liegt, ist wahrhaftig nicht leicht.

Harte Zeiten und schwere Entschlüsse

stehen unsrer Partei und dem ganzen Volke noch bevor. Wir müßten unter dem Berge der Leiden und Sorgen zusammenbrechen, hielte uns nicht aufrecht der Glaube an unsre große Idee und an die unerschöpfliche Kraft des schaffenden Volkes. In diesem Sinne sagen wir getrost: Großes haben wir erlebt. Größeres steht uns noch bevor. Der Krieg, der uns in allen Tiefen erschüttert, ist doch schließlich nur weltgeschichtlicher Alltag. Von Kriegen ist die Weltgeschichte voll, sie trieft von Blut, der Krieg ist das hergebrachte Alte, die ewige Wiederkehr des Gleichen, nur durch den Fortschritt der Technik ins Wahnsinnige gesteigert.

Was wir wollen, wofür wir kämpfen, das ist das Große, Unerhörte, Neue, die Erhebung der ganzen Menschheit auf eine höhere Kulturstufe der internationalen Völkergesellschaft und des Sozialismus. So war der Krieg nur das Vorspiel einer viel gewaltigeren Begebenheit, einer geistigen und sozialen Umwälzung, wie die Welt sie noch nie erlebt hat. Nach dem Kriege heißt es erst recht: Wir müssen kämpfen. Frieden heißt nicht, daß jeder Kampf aufhört, sondern nur, daß wir aufhören, wie Bestien zu rasen, und wie zivilisierte Menschen kämpfen. Nach dem Kriege wird es heißen: Der Krieg ist tot, es lebe der Kampf, es lebe die Arbeit und der Kampf für ihr Recht! Marschieren wir, und wenn es sein muß, stürmen wir vorwärts! (Stürmischer, lang anhaltender, immer neu einsetzender Beifall.)

*

Nach Scheidemanns Rede wurde die Besprechung eröffnet, und zwar zunächst über den von Landsberg schriftlich behandelten Punkt

Demokratisierung.

Als erster Redner erhält das Wort

Peus (Deffza): Es gab eine Zeit, in der man versucht sein konnte, zu sagen, Sozialismus und Demokratie kommen auch trotz der Sozialdemokratie. Aber nach dieser Rede öffnet sich das Tor zu begeisterter hoffnungsfroher Arbeit. Es liegt über diesem Parteitag ein neuer besserer Geist, und daß manche, die diesem neuen Geist entgegen waren, nicht nicht unter uns sind, ist die Grundlage dazu. Demokratisierung heißt für uns Parlamentarisierung. Dazu braucht das Parlament eine dauernde regierungsfähige Mehrheit. Wir allein werden kaum von morgen an die Mehrheit sein, und wären wir es, so fehlte uns doch vielfach der nötige wirtschaftliche Rückhalt, darum können wir im Parlament nicht bloß aufklärend, sondern müssen schaffend wirken. Besser eine regierungsfähige Mehrheit gegen uns, als gar keine. Aber das Ziel muß sein, daß wir dabei sind. Das Regierungsprogramm kann natürlich nicht unser sozialistisches Programm sein, aber wir müssen möglichst viel von unserm Geiste hineintun. Bisher hat es gefehlt an allen Parteien. Auch wir müssen uns dahin wandeln, daß wir Glied einer Regierungsmehrheit werden können. Wenn wir vor taktischen Notwendigkeiten einen unsrer Grundsätze zeitweilig zurückstellen, so geben wir deshalb doch nichts davon auf. Wir müssen uns mit Ehren Regierungssozialisten nennen, weil wir mitregieren wollen. Wir müssen uns freimachen von jedem Dogmatismus, um die Macht zu erobern und in unserm Sinne zu regieren. (Beifall.)

Pflüger (Stuttgart) begründet den Antrag, in packender Sprache ein Aktionsprogramm zu veröffentlichen. Die Parteileitung sei sich der großen Aufgaben für die Nachkriegszeit offenbar bewußt. In gleicher Richtung zielt der Stuttgarter Antrag. Wir wollen keine Revision unsers Programms, das sich durchaus bewährt hat. Der Parteitag hat den festen Willen gezeigt, überall praktisch zu arbeiten. Doch dafür genügen richtige nationalökonomische Lehrsätze nicht. Wir haben in aller Kürze und Klarheit zu untersuchen und festzustellen, wie wir die furchtbaren Wirkungen des Krieges am schnellsten überwinden. Da müssen wir den Mutlosen einen Halt bieten und dem Volke den Weg aus dem Elend heraus zeigen. Das tun die vorliegenden Referate. In der künftigen Ordnung der Volkswirtschaft muß die rasche Entfernung ungeeigneter Kräfte möglich sein.

Abg. **Blos**: Unser Antrag will die Schaffung eines Aktionsprogramms sichern, wie es schon in Erfurt gefordert wurde. Seit der Entstehung der deutschen Sozialdemokratie haben wir vier große Parteiprogramme gehabt. Ein Parteiprogramm ist nicht unveränderlich, es muß den Zeitverhältnissen angepaßt werden. Alle Parteiprogramme waren kurzlebiger als das jetzige, das mit seinen 28 Jahren das greisenhafteste von allen ist, die wir bisher gehabt haben. (Sehr gut!) Es ist lange vor der Katastrophe geschaffen. Es sollen keine Grundsätze aufgegeben werden, aber dieser Weltkrieg ist ja der oft erwähnte große Kladderadatsch. Die Schwerpunkte haben sich verschoben, um Humboldts Kennzeichen einer Revolution anzuführen. Je kürzer ein Programm, desto größer seine Werbekraft, sagte Lassalle, und hatte recht damit. Unser jetziges Programm ist eigentlich eine ökonomische Abhandlung mit wenigen politischen Lichtern und mit der nurgrüblerischen Scholastik behaftet, die alles Nichtbuchstabengläubige auf den Index gesetzt hat. Wir müssen uns im Programm von der Marx-Scholastik frei machen. Für ein neues Programm sind aber sorgfältigste Vorarbeiten nötig und dazu soll der Antrag Stuttgart dienen. (Beifall.)

Abg. Dr. **Grabnauer**: Wir täuschen uns nicht darüber, daß trotz der Kriegseinbrüche und Ideen Demokratisierung und Parlamentarisierung nur durch sehr schweren Kampf durchzusetzen sein werden. Die konservativen Kräfte wollen durch einen „Siegesfrieden" den demokratischen Gedanken niederwerfen. Daß sich die heutigen Staatseinrichtungen nicht bewährt haben, die auswärtige Politik ebensowenig wie die Ernährungsfürsorge, liegt vor aller Augen. Hinter all dem steht das große Problem der Ohnmacht des deutschen Volkes. Der Kampf um den Bundesrat und die Klassenparlamente der Einzelstaaten stehen im Vordergrund. Unser demokratisch-parlamentarisches System braucht nicht vollständig nach englischem Muster eingerichtet zu werden, aber daß die Volksvertretung regieren soll, darüber sind wir einig. Die Mitarbeit des Reichstags an der Papstantwort hat Herr von Kühlmann als beispielloses hingestellt, er hat aber vergessen, daß ja im Westen die Regierung selbst ein Parlamentsausschuß ist. Mit der Schaffung einer regierungsfähigen Reichstagsmehrheit hat es doch seine Schwierigkeiten. Bei drei wichtigen Vorlagen ist sie nicht zusammengeblieben. Verantwortlichkeiten, die an uns herantreten, haben wir zu übernehmen, aber auf gebrechliche Brücken zu treten, haben wir keine Eile. Kommt die Parlamentarisierung, so verliert der Bundesrat die Souveränität, daher der Widerstand Süddeutschlands. Die Kernfrage ist das preußische Wahlrecht, da stehen uns die größten Schwierigkeiten bevor. (Sehr richtig!) Die Rückständigkeit unsers Schulwesens in geographischer und geschichtlicher Beziehung hat der Krieg gelehrt. Alles für das Volk, aber auch alles durch das Volk. (Beifall.)

Reese (Oldenburg): Durch unsre Erziehungsarbeit haben wir den Arbeitern Selbstbewußtsein beigebracht. Aber daß es daran noch vielfach fehlt, das ermöglicht allein den reaktionären Geist der Verwaltung und den Druck auf die Untergebenen zugunsten der Vaterlandspartei. Wenn der Krieg vor 100 Jahren so große Umwälzungen gebracht hat, so müssen diesem Kriege noch größere Fortschritte von selbst folgen. Die Arbeiter sind fähiger als manche Bürgerliche, in die Verwaltung einzutreten. (Bravo!)

Bromme (Lübeck): Der Reichstag muß mitwirken bei der Berufung des Kanzlers. Die Krone muß den neuen Mann der Mehrheit entnehmen. Sie müßte sich freilich erst bei jedem Kanzlerwechsel erst konstituieren. Mit Recht sagt Heilmann, daß der Kanzler nicht nur Politiker, sondern auch Organisator und Verwaltungsmann sein muß. So dürfte ein Kanzler nicht mehr entlassen werden wie Bethmann-Hollweg. Der Bundesrat dürfte nicht mehr geheim sein und sollte mit einem Reichstagsausschuß zusammen tagen und beschließen. Die Einführung des allgemeinen Wahlrechts in den Bundesstaaten stößt auf große Widerstände. In manchen Staaten ist noch gar nichts geschehen und in Mecklenburg wird sicher erst die Reichsgesetzgebung Wandel schaffen. Es darf nicht mehr vorkommen, daß in Deutschland geborne Ausländer interniert werden, selbst Staatenlosen, die für Deutschland freiwillig kämpfen, bei der Einbürgerung Schwierigkeiten gemacht werden.

Dossath (Bremen) schließt sich Blos in bezug auf die Programmrevision an, doch sei es jetzt mitten in der Woche zur Einsetzung der Kommission noch zu früh. Der Demokratisierung muß die Parlamentarisierung vorausgehen. Heilmanns Artikel in der „Glocke" gegen die Parlamentarisierung war eine unverantwortliche Taktlosigkeit. Unsre Bürgerlichen haben ihn ja auch zu einem Kriegsanleihe-Vortrag herangezogen. Gerade die bremischen Freisinnigen sind gegen das allgemeine Wahlrecht, weil das Bremer Parlament auch verwaltet und die Arbeiter dann Einfluß hätten. Unsre Patrizier geben das Wahlrecht freiwillig nicht, das die Arbeiter wollen, darum muß uns die Reichstagsaktion helfen. Unsre Freisinnigen agitieren unter Hormanns Führung für die „unpolitische" Vaterlandspartei.

Abgeordneter Heinrich **Schulz** (Zentralbildungsausschuß): Eine Demokratie ist mit Aussicht auf Erfolg nur möglich, wenn die Menschen wissen, was sie wollen. Eine der wichtigsten nächsten Aufgaben der Partei ist es, die

Massen für den Sozialismus zu schulen.

Planmäßige Bildungsarbeit ist nach dem Kriege nötiger als zuvor und sie wird in mannigfacher Beziehung beeinflußt durch die Kriegserfahrungen. Voraussetzen muß ihr eine solide Jugendbewegung. Vor allem muß die Jugenderziehung viel mehr als früher eine Sache der Erziehung und nicht der Politik sein. Die Erziehung kann aber nicht erst mit dem 14. Jahre beginnen. Bisher war die Schule sozialistenfeindlich und das Arbeiterhaus leider zur Erziehung wenig geeignet. In Zukunft wollen wir natürlich die Kinder nicht zu Sozialisten machen, aber sie müssen frühzeitig in die Gedankenwelt des Sozialismus als künftigen Gestalter des Staates hineingeführt werden. Ohne Mutter im Hause keine häusliche Erziehung. Darum muß die Frauenarbeit nach dem Kriege von der Gesellschaft aus verringert werden; dieser erwachsen somit gewaltige Aufgaben der sozialen Fürsorge.

Abg. **Landsberg** (Schlußwort):

Mein Referat ist von keiner Seite angefochten. Wir sind uns über die Frage der Demokratisierung sämtlich einig und darüber, daß davon nicht zu reden, sondern daß sie zu verwirklichen ist. Der Parteivorstand ist gewillt, die beantragte Kommission zur Ausarbeitung eines Aktionsprogramms einzusetzen.

Ich glaube nicht, daß Sie die Genugtuung des Genossen Peus über die Abwesenheit von Männern teilen, die jahrzehntelang mit uns gekämpft haben. Das beweist der Beschluß, in dem Sie ihrer Sehnsucht nach Einigkeit der deutschen Arbeiterklasse Ausdruck gegeben haben. Je gewaltiger ein Organismus ist, für desto mehr Anschauungen hat er Platz. Die Auffassungen von Peus sind den Männern, von denen er sprach, ebenso unsympathisch, wie ihm die ihrigen. (Sehr gut!) Auf dieser Grundlage könnte zwischen Peus und diesen Männern eine Einigung möglich sein. (Heiterkeit.) Uns ist jeder willkommen, dessen Herz von Sehnsucht nach einem freien Deutschland, nach einer Gesellschaft ohne Elend und Unwissenheit, nach einem Bund aller Völker erfüllt ist. (Sehr gut!) Wir erwarten den Sieg des Sozialismus und des Gedankens der Internationale nicht von dem Wohlwollen guter Menschen. Das politisch befreite Volk wird in friedlichem Ringen die sozialistischen Ideale der Vergesellschaftlichung der Produktionsmittel und der Verbrüderung der Völker verwirklichen. Im Kampf um die politische Befreiung werden wir die Hilfe keines Bundesgenossen verschmähen, aber mit kleinen Zugeständnissen, die am Wesen des Obrigkeitsstaats nichts ändern, lassen wir uns nicht abfinden. (Sehr richtig!) Auf das Recht, das mit uns geboren ist, verzichten wir nicht, auch nicht teilweise. (Beifall.)

Vom Siege der deutschen Demokratie hängt das

Schicksal des deutschen Volkes

ab. Wir werden kraftvolle Widerstände zu überwinden haben. Die Gründung der deutschen Vaterlandspartei bezweckt nichts andres, als den Widerstand gegen die notwendigen Reformen zu organisieren. Man spricht vom deutschen Frieden und man meint das preußische Dreiklassenwahlrecht. (Sehr richtig!) Die Wahlrechtsbotschaft des Königs von Preußen gesteht zu, daß Deutschland nach dem Kriege auf dem Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes beruhen müsse. Aber sie garantiert dieses Recht nicht. Es wird erkämpft werden müssen, und dieser Kampf, der mit einem Siege endet muß, wird seinen Wert erhöhen. Fällt das preußische Dreiklassenhaus, so kann es in keinem deutschen Bundesstaat noch ein reaktionäres Wahlrecht geben. Ist Preußen für die Demokratie erobert, so gibt es keinen Schlupfwinkel für die Reaktion in Deutschland mehr. Unter dem Selbstbestimmungsrecht werden die großen Kulturaufgaben gelöst werden, die heute durch die Wahlrechtsfrage zurückgedrängt sind. Der Aufstieg des deutschen Volkes zur Kultur hat zur Voraussetzung die Beseitigung des Dreiklassenwahlrechts. Wir wollen den größtmöglichen Erfolg mit Einsetzung der geringsten Kraft erreichen, aber wir sind gewillt, alle Kraft aufzubieten, die nötig ist, um uns politisch zu befreien. Durch Annahme der Resolution Löbe haben wir die herrschenden Klassen auf die Verantwortung hingewiesen, mit der sie sich belasten, wenn sie ihren freiheitlichen Versprechungen nicht die Tat folgen lassen. Den Massen des deutschen Volkes rufen wir zu: Seid einig, denn Einigkeit wird eure Kraft verviefachen, und seid begeistert, denn ihr braucht Begeisterung, um große Dinge vollbringen zu können. (Lebh. anh. Beifall.)

Damit ist der Punkt Demokratisierung erledigt. Die Debatte wird beim Referat „Finanzfragen" auf Freitag früh vertagt. —

Was der Krieg bringt.

Ueber 40000 Tonnen.

Amtlich wird gemeldet:

Unermüdlich, Tag und Nacht tätig, haben deutsche und österreichisch-ungarische Unterseeboote im Mittelmeer neue große Erfolge erzielt. 13 Dampfer und 4 Segler mit über 40 000 Bruttoregistertonnen sind versenkt worden.

Im besondern wurden die Transporte nach Italien empfindlich getroffen. Ein Unterseeboot vernichtete allein vier nach italienischen Häfen bestimmte Kohlendampfer mit rund 15 000 Tonnen Kohle.

Unter den versenkten Schiffen waren die bewaffneten englischen Dampfer „Kriston" (3221 Tonnen), „Sunwer" (3689 Tonnen), „Kirriemoor" (3296 Tonnen), die griechischen, im Dienste der Entente fahrenden Dampfer „Nicolaos Roussos" (2421 Tonnen) und „Constantinos Embiricos" (2611 Tonnen). —

* * *

Vernichtung eines Geleitzugs.

Der deutsche Admiralstabschef gibt bekannt:

Am 17. Oktober griffen leichte deutsche Seestreitkräfte in der nördlichen Nordsee innerhalb des Sperrgebiets nahe bei den Shetlandsinseln einen von Norwegen nach England gehenden Geleitzug von insgesamt 13 Fahrzeugen an, darunter als Schutz die beiden modernen englischen Zerstörer „G 29" und „G 31". Alle Schiffe des Geleitzugs sowie die Bedeckungsfahrzeuge, einschließlich der Zerstörer, wurden vernichtet, bis auf einen Geleitschiffdampfer. Unsre Seestreitkräfte sind ohne Verluste und Beschädigungen zurückgekehrt.

Die Shetlandsinseln liegen nördlich von England. Daß die englischen Seestreitkräfte unsichtbar geblieben sind, ist mehr als auffällig, um so mehr als ihr Stützpunkt in der Nähe der Shetlandsinseln liegt. Die meerbeherrschende englische Flotte kann offenbar nicht einmal in nächster Nähe der englischen Küste den deutschen Seestreitkräften ein Paroli bieten. —

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519171020-16/fragment/page=0002

Italienischer Friedensantrag.

Die italienische Kammer ist am Dienstag wieder eröffnet worden. Ministerpräsident Boselli hielt eine längere Rede, in welcher er Erklärungen über die Politik der Regierung abgab. Die Sozialisten beantragten eine Besprechung der Erklärungen, wogegen sich der Ministerpräsident wandte, und die Vertrauensfrage stellte. Mit 228 gegen 51 Stimmen wurde darauf bei 15 Enthaltungen die Besprechung abgelehnt.

Trotz dieses Vertrauensvotums gilt indessen die Stellung des italienischen Kabinetts für erschüttert. Die Gruppe der Opposition im Parlament ist im fortgesetzten Wachsen, und als kommender Ministerpräsident wird der ehemalige Minister Nitti betrachtet, der ein Anhänger Giolittis und als solcher friedensfreundlich gesinnt ist.

In der Sitzung am Mittwoch besprach der Sozialist Enrico Ferri die Kriegshaltung des italienischen Volkes und führte dabei aus, daß das dritte Kriegsjahr kein entscheidend militärisches Uebergewicht ergeben habe, und daß die Fortdauer des Krieges Europa in die Barbarei zurückversetze. Ferri, forderte unter Begründung eines entsprechenden Antrags, die Regierung auf, unverzüglich im Rate der Verbündeten, eine gemeinsame Aktion vorzuschlagen, die unter Ausschluß eines Sonderfriedens Friedensverhandlungen möglich mache auf der Grundlage der Forderungen der Völker nach gegenseitigen territorialen Zugeständnissen, gerechter Ersetzung der Kriegsschäden, Vorbereitung und Garantie gegenseitiger Abrüstung, Abschaffung der obligatorischen Dienstpflicht, Einsetzung internationaler Schiedsgerichte, Zusicherung des freien Handels und freie Schiffahrt, Ratifizierung von Abkommen auch durch die Parlamente, Ausschließung von Wirtschaftskriegen nach dem militärischen, um Europa auf die Rechtsgrundlage einer demokratischen Entwicklung zu führen.

Ueber den weitern Verlauf der Sitzung liegen Meldungen noch nicht vor. —.

* * *

Die elsässische Frage.

Aus den Reden Lloyd Georges und Asquiths will der Kopenhagener „Sozialdemokratek" trotz allem eine Möglichkeit für einen Verständigungsfrieden herauslesen. Den nachstehenden Aeußerungen aus der Asquithschen Rede mißt er besonders große Bedeutung bei:

Kühlmann sagt uns, daß Deutschland niemals ein Zugeständnis in der Frage Elsaß-Lothringens machen kann, und daß diese Frage niemals verhandelt werden soll. Elsaß-Lothringen, das viele Jahre ein Teil Frankreichs gewesen ist, und zum mindesten soweit Lothringen in Frage kommt, auch französisch fühlt, blieb nicht nur als deutscher Siegespreis, sondern auch als Symbol der Demütigung Frankreichs in deutscher Hand. Darin hat die Wurzel und die Quelle der Unruhe, das gestörte Gleichgewichts und des Wettrüstens gelegen, das zu diesem schrecklichsten aller Kriege geführt hat.

An diese Aeußerungen knüpft „Sozialdemokraten" folgende Bemerkungen:

„Asquith stellt fest, daß Elsaß-Lothringen eine Quelle der Unruhe ist und daß diese natürlich verstopft werden müsse. Aber Asquith sagt kein Wort darüber, daß das durch Rückgabe Elsaß-Lothringens an Frankreich zu geschehen habe. Er sagt, daß die zwei Provinzen lange Jahre hindurch ein Teil Frankreichs gewesen sind — dies ist kein besonders kräftiger Ausdruck dafür, daß ihre Wiedervereinigung mit Frankreich notwendig sei. Aber noch auffsehenerregender sind seine Worte über die Stimmung in den zwei Provinzen: die „zum mindesten, soweit Lothringen in Frage kommt, auch französisch fühlen", mit andern Worten gesagt: nicht einmal die Alliierten selber können behaupten, daß das deutsche Elsaß irgendeinen Drang hätte, sich Frankreich wieder anzugliedern, und daß, soweit die französischen Gefühle in Frage kommen, diese außerhalb der Französisch sprechenden Teile Lothringens zu finden seien.

Die Deutung, als ob Deutschland Elsaß-Lothringen sowohl als Siegespreis wie als Symbol der Demütigung Frankreichs zu behalten wünscht, die Kühlmanns Rede ganz gewiß nicht enthielt, gibt Asquith derselben nur, um die Forderung einer Reglung durch eine Form begründen zu können, die Frankreich nicht demütigen darf.

Jetzt — fährt „Sozialdemokraten" fort — ist es verständlich, wieso das Blatt Asquiths noch vor der Rede schrieb, daß die elsaß-lothringische Frage nicht nach der von Kühlmann angegebenen Linie gelöst werden könne. Das Blatt konnte sich also doch wohl eine andre Lösung denken. Nicht weniger interessant ist, daß „Daily News", die kürzlich den Kriegsziel „Zurückgabe Elsaß-Lothringens" ein „Vielleicht" beifügte, jetzt schreibt: Belgien ist und bleibt der Kernpunkt. Die territorialen Fragen sind wichtig, aber nicht entscheidend.

Lloyd George sagte zu einer Deputation: England wolle den Krieg fortsetzen, bis Frankreich seine unterdrückten Kinder befreit habe. Aber wer sind die unterdrückten Kinder Frankreichs? Ist es die Bevölkerung im Elsaß, die Asquith nicht einmal als ihn durch französisches Gefühl verbunden zu nennen wagt?, oder ist es nicht einfach nur die Französisch sprechende und — gesinnte Bevölkerung Lothringens?"

Zum Schlusse begrüßt das Blatt die in England sich immer mehrenden Anzeichen, in der elsaß-lothringischen Frage den Tatsachen nähertreten zu wollen. —

* * *

Aus dem Herrenhaus.

Nachdem das Plenum des Abgeordnetenhauses nach nur zwei Tagen seine Pforten am Mittwoch wieder geschlossen hatte, trat am Donnerstag auch das Herrenhaus zu einer eintägigen Sitzung zusammen. Sie wurde eröffnet durch eine nach mehr als einer Richtung hin bemerkenswerte Rede des Präsidenten Grafen von Arnim-Boitzenburg. Unter dem lebhaften Beifall der gebornen Gesetzgeber Preußens gab er seiner tiefen Sehnsucht nach einem starken Frieden Ausdruck. Offenbar hat den Herren die Friedensresolution des Reichstags sehr arge Kopfschmerzen bereitet. Nicht minder bedrückt ist der Graf über die Entwicklung, die die Dinge in der innern Politik genommen haben. Offen sprach er aus, daß „unser preußisches Herz mit banger Sorge erfüllt ist" ob der drohenden innerpolitischen Gefahren. Es versteht sich, daß der Graf mit diesen Worten, die den Beifall des hohen Hauses auslösten, auf die kommende Wahlrechtsvorlage anspielte.

Die sachlichen Verhandlungen waren außerordentlich dürftig. Der Gesetzentwurf über die Schätzungsämter wurde nach unwesentlichen Aenderungen an das Abgeordnetenhaus zurückverwiesen. Der Gesetzentwurf über die Förderung der Stadtschaften wurde debattelos angenommen.

Damit war die Tagesordnung erschöpft. Die nächste Sitzung wird der Präsident einberufen, keinesfalls wird sie aber vor Ende November stattfinden. —

* * *

Notizen.

Sozialistischer Ackerbauminister. Ein Ukas der vorläufigen russischen Regierung ernannt den revolutionären Sozialisten Maslow, Vizepräsident des großen Landwirtschaftlichen Ausschusses, zum Ackerbauminister. Dieser war der einzige unbesetzte Posten in der wiederhergestellten Regierung. —

*

Epidemie der Unruhen. Meldung aus Petersburg. Der Hauptvollzugsausschuß des Arbeiter- und Soldatenrates hat einen Beschluß angenommen, der betont, daß die Epidemie der Unordnung und der Unruhen, die in der letzten Zeit fast das ganze Land ergriffen habe, den Staat unreitbar zur Anarchie und Auflösung treibt. Der Beschluß erklärt weiter, daß die revolutionären Arbeiter und die Bauern und Soldaten die große Gefahr dieser Pogrome für die Sache der Freiheit einsehen und alle ihre Anstrengungen darauf richten müssen, sie zu bekämpfen. Der Beschluß fordert die Arbeiter- und Soldatenräte der einzelnen Bezirke auf, ohne Gnade, selbst unter Zuhilfenahme der Armee, alle Versuche, Unruhen anzustiften, zu unterdrücken, und empfiehlt, hierzu besondre Ausschüsse zu bilden. —

* * *

Sozialdemokratischer Parteitag.

(Eigner Drahtbericht der „Volksstimme".)

Zu Beginn der Freitag-Vormittagssitzung teilte Abgeordneter Hermann Müller vom Parteivorstand mit, daß die Absicht bestehe, die ausgeschiedenen Mitglieder des Parteivorstandes nicht durch Neuwahl zu ersetzen, sondern durch Hilfskräfte, die unter der Verantwortung des Parteivorstandes selbständig arbeiten. An Stelle der zu den Unabhängigen übergegangenen Frau Zietz übernehme Genossin Juchacz das Frauensekretariat, ohne dadurch Mitglied des Parteivorstandes zu werden.

In ehrenden Worten gedenkt Abg. Müller der 27jährigen, nur durch Krankheit beendeten Tätigkeit des Parteikassierers Gerisch. Der Würdigung schloß sich der Parteitag in zustimmenden Kundgebungen an.

In der Besprechung über die **zukünftigen Aufgaben der Partei** wurden zunächst die Finanzfragen erörtert. Abgeordneter Quessel verlangte scharfe steuerliche Eingriffe in die großen Vermögen und Einkommen, worüber die Entscheidung bei den nächsten Wahlen fallen werde.

Engler (Freiburg i. Br.) forderte Monopole und Abkehr von alten bureaukratischen Formeln.

Löbe (Breslau) trat für stärkste Heranziehung der Kriegsgewinnler ein. Auch bei den Besitzenden müsse sich dadurch die Ueberzeugung verstärken, daß die Entscheidung über Krieg und Frieden in Zukunft nur bei der Volksvertretung liegen könne.

Abg. Keil ging im Schlußwort näher auf Steuerfragen ein. Auch bürgerliche Finanzpolitiker hätten eine radikale Besteurung der hohen Einkommen und Vermögen sowie das Miterbe des Reiches gefordert. Dem „Hungerfrieden" könne man nicht dadurch entgehen, daß man unerreichbaren Kriegszielen und Kriegsentschädigungen nachjage, sondern nur durch schnelle Beendigung des Krieges, Verständigung mit den Völkern und wirtschaftlichen Aufbau im Innern.

In der Besprechung der Punkte Wirtschafts- und soziale Forderungen fordert Genther ein sozialistisches Agrarprogramm. Das Reich müsse sich das Einspruchs- und Kontrollrecht über Grundstücksverkäufe vorbehalten. Auch sei eine großzügige Kommunalgrundbesitzpolitik erforderlich.

Adolf Braun (Nürnberg) lenkt die Aufmerksamkeit auf die Schwierigkeiten der Demobilisierung. Für die Arbeiterklasse entständen gewaltige Aufgaben. Es sei ein Verbrechen von seltener Frivolität, wenn man auch in die Gewerkschaften Zwiespalt trage. Wer jetzt den Kampf gegen Legien für wichtiger hält als den Kampf gegen Kirdorf, stürze die Arbeiter ins Unglück. (Stürmischer Beifall.)

Krüger (Berlin) fordert eine wirtschafts- und handelspolitische Studienkommission.

Eine Anzahl weiterer Redner und Rednerinnen verlangen mehr Schutz für die erwerbstätigen Frauen und fordern zu reger Werbetätigkeit für die Frauenbewegung auf.

In der weitern Debatte wendet sich Winnig (Hamburg) gegen den Widerspruch in den Referaten Wissells und Cunows. Während Wissell verlange, daß am Kriegsende die im Heeresdienst stehenden Arbeiter sofort ohne Rücksicht auf die Arbeitsmöglichkeiten entlassen werden, fordere Cunow im Interesse der Volkswirtschaft und der Arbeiter selbst, daß sie nach und nach entlassen würden. Winnig stellt sich auf Cunows Standpunkt und betont, daß nicht die Wünsche, sondern die Interessen der Arbeiter ausschlaggebend sein müßten für die Entscheidung in dieser Frage.

Abg. Jäckel tritt dieser Auffassung entgegen unter Zustimmung eines Teiles des Parteitags. Wenn die Arbeiter nur nach und nach entlassen würden, würden diejenigen, die schon im Krieg infolge des Stillegens ihrer Industrien die größten Opfer gebracht hätten, weiterhin am schwersten getroffen.

Abg. Dr. Lensch bespricht die Kolonialfrage. Er begründet, daß in Cunows Referat die Rückgabe der deutschen Kolonien nicht nur gefordert werde von dem Standpunkt aus, daß keine Vergewaltigung erfolgen dürfe, sondern auch, weil Kolonialbesitz für jede kapitalistische Wirtschaft notwendig sei. Durch diesen Krieg sei Deutschland in eine revolutionäre Befreierrolle hineingezwungen worden, und zwar nicht Rußland, sondern England gegenüber. Infolge des russischen Zusammenbruchs trete in Vorderasien die Gefahr der Anglisierung der Welt in schärfster Weise hervor. Die Rückgabe der deutschen Kolonien sei auch aus diesem Grund ein dringendes Erfordernis für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands.

In seinem Schlußwort wies Cunow darauf hin, daß England ungeheure Vorbereitungen zu einem Wirtschaftskrieg treffe, gegen den sich Deutschland rüsten müsse. Ein schwerer Wirtschaftskrieg, wenn auch in verstechter Form, sei wahrscheinlich.

Scheidemann hielt dann ein kurzes, außerordentlich packendes Schlußwort, in welchem er auf die große Uebereinstimmung des Parteitags in allen Fragen sozial- und finanzpolitischer Art hinwies. Besonders erfreulich und erhebend sei die Entschlossenheit, die Demokratisierung durchzusetzen. Was am schnellsten beseitigt werden muß, ist der Reichskanzler Dr. Michaelis. (Stürm. Zustimmung. Auf ihn träfe Bethmann-Hollwegs Wort zu: Wehe dem Staatsmann, der die Zeichen der Zeit nicht versteht! Er sei den Aufgaben seines Amtes in keiner Weise gewachsen. Um die Wahlreform in Preußen könne es kein Feilschen und keine Verzögerung geben. Wer damit spielt, spielt mit dem Feuer! (Stürm. Beifall.) Wir fordern das Wahlrecht sofort und fordern es ganz. Ein Narr, wer glaubt, daß wir dulden könnten, unsern Brüdern im Waffenrock, die wir grüßen, die Deutschland gerettet haben, weiter ihre Rechte zu versagen. Jedes weitere Wort ist da überflüssig. Wir wissen, was wir wollen, und werden es durchsetzen! In dem Kampf um ihr Recht wird die deutsche Arbeiterklasse gemeinsam marschieren. Den Gegnern rufen wir zu: Hört uns, ihr seid gewarnt! (Lang anhaltender, immer wiederholter Beifall.)

Damit schließt die Vormittagsitzung. —

* * *

Insel Moon besetzt.

W. T. B. Großes Hauptquartier, 19. Oktober 1917. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Die artilleristische Kampftätigkeit in Flandern erreichte gestern wieder an der Küste sowie zwischen Yser und Lys große Stärke. Besonders heftig war das Feuer am Houthulster Walde, bei Paschendaele und zwischen Gheluvelt und Zandvorde.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Nach regnerischem Morgen schwoll von gestern mittag an die Artillerieschlacht nordöstlich von Soissons wieder zu voller Höhe an und tobt seitdem bei gewaltigem Munitionseinsatz fast ununterbrochen. Morgens drangen bei Bauzeillon, abends an der ganzen Front bis Braye nach Trommelfeuer starke französische Abteilungen zu Erkundungsvorstößen vor; in örtlichen Kämpfen wurde der Feind überall zurückgeworfen.

Die Nachbarabschnitte und das Rückengelände der Kampffront lagen unter sehr starkem Störungsfeuer, das von uns kräftig erwidert wurde.

Im Osteil des Chemin des Dames griffen die Franzosen erneut dreimal unsre Stellungen nördlich der Mühle von Banciers an; sie wurden blutig abgewiesen.

Bei den andern Armeen schränkten Regen und Nebel die Gefechtstätigkeit ein.

*

Unsre Gegner verloren gestern zwölf Flugzeuge, davon sechs aus einem Geschwader, das auf Roulers und Ingelmunster mit beträchtlichem Häuserschaden Bomben abgeworfen hatte.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Unter Befehl des Generalleutnants von Estorff erkämpften unsre Truppen, in Booten und auf dem Steindamm durch den Kleinen Sund übergehend, das Westufer der Insel Moon.

In schnellem Vordringen wurden die Russen, wo sie Widerstand leisteten, überrannt; bis zum Mittag war die ganze Insel in unserm Besitz.

Von Norden und Süden eingreifende Landungsabteilungen der Marine und die Geschütze unsrer Kriegsschiffe trugen zu dem schnellen Erfolg wesentlich bei.

Zwei russische Infanterie-Regimenter in Stärke von 5000 Mann wurden gefangen; die Beute ist beträchtlich. Auf Oesel und Moon sind ein Divisions- und drei Brigadestäbe in unsre Hand gefallen.

Unsre Seestreitkräfte hatten in den Gewässern um Moon mehrfach Gefechte mit feindlichen Kriegsschiffen. Das russische Linienschiff „Slava" (13500 Tonnen) wurde in Brand geschossen und ist dann zwischen Moon und der Nachbarinsel Schildau gesunken.

Land- und Marineflieger hielten die Führung über den Verbleib der feindlichen Kräfte gut unterrichtet; mit Bombenabwurf und Maschinengewehrfeuer griffen sie auf Land und See den Feind oftmals mit erkannter Wirkung an.

An der russisch-rumänischen Front und an der mazedonischen Front keine besondern Ereignisse.

Der Erste Generalquartiermeister
Ludendorff.

* * *

Reval wird geräumt.

W. T. B. Petersburg, 19. Oktober. (Petersburger Telegraphen-Agentur.) „Rowoje Wremja" schreibt: Am 16. Oktober hat die Räumung von Reval aus Anlaß der durch die deutsche Landung für die Stadt geschaffenen bedrohlichen Lage begonnen. Der größte Teil der Einwohner verläßt die Stadt und begibt sich in die innern Provinzen Rußlands. —

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519171020-16/fragment/page=0003

Amtliche Bekanntmachungen.

Auf Grund des § 12 der Bundesratsverordnung vom 25. September und 4. November 1915 wird folgendes verordnet:

Diejenigen Kleinhändler (Kolonialwarenhändler, Konsumvereine usw.), welche Kundenlisten bei dem Stadt-Ernährungsamt eingereicht haben, **werden hierdurch aufgefordert,** sich **sofort** bei einer der nachstehenden Großfirmen:

Fr. Henkel & Haenert, A.-G.; C. Hofmeister & Ko.; H. Ch. Werther & Ko.; Düben & Herrmann; Otto Stone; J. H. Weber Nachf.; Braun & Wiegand; Fr. Liebau; W. Crenzberg

als Kunden anzumelden.

Die in Frage kommenden Großfirmen haben **bis zum Dienstag den 23. Oktober 1917, mittags 12 Uhr, eine Liste über die bei ihnen zur Anmeldung gelangten Kunden (Kleinhändler pp.) alphabetisch geordnet, ohne Angabe der Kundenzahl, im Stadt-Ernährungsamt, Marktplatz 22** (1. Obergeschoß, Saal links), einzureichen.

Zuwiderhandlungen ziehen die gesetzlichen Strafen nach sich.

Halle, den 19. Oktober 1917. **Der Magistrat.**

Die nächsten Sitzungen der Bezirksversammlungen für Bezirk 1 3, 5 und 7 finden am

Montag den 22. Oktober 1917,

diejenigen der Bezirke 2, 4, 6 und 8 am

Dienstag den 23. Oktober 1917

zu den bisher üblichen Zeiten und in den hierzu bestimmten Räumen statt.

Zeitz, den 6. Oktober 1917. **Das Armenamt.**
Arnold.

Ich habe heute zwei Bekanntmachungen Nr. L. 111/7. 17. K. R. A. betreffend „Beschlagnahme, Behandlung, Verwendung und Meldepflicht von rohen Großviehhäuten und Roßhäuten" und Nr. L. 209/7. 17. K. R. A. betreffend „Höchstpreise von rohen Großviehhäuten und Roßhäuten" erlassen.

Die Bekanntmachungen sind in den amtlichen Zeitungen und in ortsüblicher Weise veröffentlicht worden.

Magdeburg, den 20. Oktober 1917.

Der stellvertretende Kommandierende General des 4. Armeekorps.
Frhr. v. Lyncker,
General der Infanterie
à la suite des Luftschiffer-Bataillons Nr. 2.

Durch Bekanntmachung vom 20. Oktober 1917 — Nr. Bst. 200/9. K.R.A. — habe ich eine Beschlagnahme und Bestandserhebung von eisernen Heizkörpern und Zentralheizungskesseln verfügt. Die Bekanntmachung ist in den amtlichen Zeitungen und in ortsüblicher Weise veröffentlicht worden.

Magdeburg, den 20. Oktober 1917.

Der stellvertretende Kommandierende General des 4. Armeekorps.
Frhr. v. Lyncker,
General der Infanterie
à la suite des Luftschiffer-Bataillons Nr. 2.

Ich habe heute eine Bekanntmachung betreffend „Höchstpreise und Beschlagnahme von Leder" — Nr. L. 888/7. 17. K. R. A. — erlassen. Die Bekanntmachung ist in den amtlichen Zeitungen und in ortsüblicher Weise veröffentlicht worden.

Magdeburg, den 20. Oktober 1917.

Der stellvertretende Kommandierende General des 4. Armeekorps.
Frhr. v. Lyncker,
General der Infanterie
à la suite des Luftschiffer-Bataillons Nr. 2. 8157

Hutfassons und garnierte Hüte
in **Plüsch, Samt, Velour** und **Filz** in wirklich schöner Auswahl zu vorteilhaften Preisen 329
Regenkappen, Seidenkappen, Wachstuchhüte preiswert
im Kaufhaus H. Elkan, Leipziger Str. 87

Gustav Uhlig
— untere Leipziger Straße —
Billige, gute Bezugsquelle
in vorteilhaften 292
Musikinstrumenten
für unsere Krieger im Felde und Verwundeten in der Heimat.
Dauerhafte, rein abgestimmte
Mundharmonikas, Mandolinen,
Gitarren
Wiener Ziehharmonikas.
Sonntags geöffnet von 1/8 bis 1/10 Uhr vormittags, mittags von 1/12 bis 1/2 Uhr.

Filzpantoffel und Hausschuhe
Riesenauswahl für Herren, Damen und Kinder
Im Kaufhaus H. Elkan.

U.T **Alte Promenade 11a.** Fernruf 5738.
Zum Besten der Schwesternspende
findet am
Sonntag den 21. Oktober, mittags 11 1/2 Uhr
eine **Wohltätigkeits-Vorstellung** statt.
Fräulein **Käthe Weber** — Vorspruch und Gedichte — Musikstücke — Filmvorführungen.
Unsühnbar
dramatischer Film in mehreren Abteilungen von H. Brennert.
Original-Aufnahmen aus Flandern, den besetzten Gebieten und deutschen Gefangenen-Lagern — 319
Preise der Plätze: Fremdenloge 3.00, Mittelloge 2.50, Seitenloge 2.00, Rang 1.25, 1. Platz 0.80, 2. Platz 0.50.
Karten im Vorverkauf sind an der Kasse unsrer Theater, Alte Promenade und Leipziger Str. von heute an zu haben.

318
Möbel
Wohnungs-Einrichtungen
Teppiche
in großer Auswahl.
Eichmann & Co.
Gr. Ulrichstr. 51
Eingang Schulstraße
Auf Wunsch
Teilzahlung

Stadt-Theater.
Sonntag den 21. Oktober
nachmittags 3 1/2 Uhr
Fremdenvorstellung zu ermäß. Preisen
Der Trompeter von Säckingen
Abends:
Anfang 7 1/2 Uhr Ende 10 1/2 Uhr
Girofle-Girofla
Komische Oper von Ch. Lecocq.
Montag den 22. Oktober 1917
Prinz Friedrich von Homburg.
Schauspiel von Heinrich v. Kleist.

ZOO
Reicher Tierbestand.
Sonntag, 21. Oktober, nachmittags 3 1/2 Uhr
Konzert
vom Görlach-Orchester.
Leitung: 5213
Musikdirektor **H. Görlach.**
Eintrittspreis: Erwachsene 50 Pfg., Kinder 20 Pfg. Militär ohne Dienstgrad zahlt vormittags 10 Pfg., nachmittags 20 Pfg.

Thalia-Theater
Gastspiel des Stadt-Theater-Personals
Sonntag, 21. Oktober, abends 7 1/2 Uhr
Doktor Klaus
Lustspiel von L'Arronge.

Neu aufgenommen!
In meinen sämtlichen Filialen **ab heute zu haben!**
Machen Sie bitte einen Versuch mit
Zenit
als
Delikateß-Brotaufstrich
1 Pfund Mk. 2.10.
Zenit übertrifft an Geschmack sowie an Streichfähigkeit so manche heute angebotene
Leberwurst.
Zenit ist nicht im Darm wie Leberwurst sondern wird lose, genau wie gehacktes Fleisch verkauft.
Zenit wird nicht nur als Brotaufstrich, sondern auch in der Küche zur Herstellung von Speisen verwendet.
Zenit ist mit gebräuntem Mehl und Wasser durch Braten verlängert als Beigabe zu Kartoffeln vorzüglich.
Zenit erbitte gegen vollen Betrag wieder zurück, wenn Ihnen die Qualität wirklich nicht gefallen sollte.
Albert Knäusel Halle-Ammendorf
Kontor und Lager: Kl. Ulrichstr. 24a
Telephon 1484.

Buchhandlung der Volksstimme
Fernsprecher 5407 **HALLE** Gr. Ulrichstraße 27

Empfehlenswerte Schriften belehrenden und unterhaltenden Charakters:

Die Gleichheit — Zeitschrift zur Verfechtung der Interessen der schaffenden Frau. Einzelnummer 10 Pf.
In Freien Stunden. — Wochenschrift, enthaltend spannende Romane und interessante Erzählungen für jede Arbeiterfamilie. Wöchentlich eine Nummer zum Preise von 15 Pf.
Der Wahre Jacob — illustrierte politisch-satirische Wochenschrift, einzelne Nummer 10 Pf.
Berliner Illustrierte Zeitung — Einzelnummer 10 Pf.
Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek — herausgegeben unter Leitung von Dr. med. **Zadek.** Ca. 50 verschiedene Bändchen à 20 Pf.
Dokumente zum Weltkrieg — bearbeitet von Eduard Bernstein.
Reichhaltige Roman-Bibliothek — der beliebtesten Autoren.

Für die Schneiderei:
Modenzeitung Frauenzeitung Praktische Damenmode Hausschneiderei Sonntagszeitung Deutsche Modenzeitung.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519171020-16/fragment/page=0004

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 122. Halle, Sonnabend den 20. Oktober 1917. 1. Jahrgang.

Halle und Saalkreis.

Halle, 20. Oktober 1917.

Die Nebel brauen.

Herbstdunst wölkt über den Dächern der Stadt. Quirlend ziehen sich seine Schwaden um Turm und Schloße und Giebel. Wattig schieben sich ihre mächtigen Schwaden durch die schmalen Zeilen der Gassen; sie ballen sich auf den Plätzen, träufelnd hängen sie im gilbenden Blattwerk der öffentlichen Anlagen. Müde Pferde vor schwerbeladenen Wagen trotten dampfend durch diesen Dunst. Ihre mächtigen Körper haben in dem zerfließenden Nebel etwas Plumpes. Die Wagen knarren. Die Räder kreischen. Nebenher stapfen Menschen; dunkle Flecke, die sich durch den grauen Dunst schieben. Feuchtigkeit glitzert auf dem spitzen Kopfsteinpflaster des Fahrdamms. Naßkalt liegt der Bürgersteig. Die Hausnummern stehen naßkalt überhaucht. Die Lichter der beleuchteten Fenster blinken stumpf und mitt. Die Vierecke der Hausteure gähnen still und schwarz.

Eine Frau mit hochgeschürzten Röcken treibt mit Hüh und Hott ein paar Gäule: Grauschimmel. Die Hufe klackern hohl auf den Steinen. Das Zaumzeug schleift klirrend nach. Aus den Nüstern der Rosse steigt der Atem in dichten, trichterförmigen Strahlen. Das Weib läßt die Peitschenschnur leicht aufschwingen. Nicht auf den Rücken der Pferde, nur so durch die Luft, daß für einen Augenblick der Dunst zerreißt und ein leiser surrender Ton verzittert. Auf dem Nebel heraus fließen Rosse und Führerin. Der fast farblose Fleck bekommt Farbe, prägt Umrisse, läßt sie wieder verschwimmen, zerrt das Gestaltete erneut in das Gemeinlose zurück und läßt Weib und Gäule wieder in den Nebel zurückfließen. Nur die Geräusche hallen noch eine Weile fort: das schwere Stapfen der müden Frauenfüße und das eintönige Klackern der Pferdehufe.

Kein Regen fällt und doch rieselt alles von Feuchtigkeit. Wie ein stilles Weinen rieselt es vom Himmel: auf Dächer und Schornsteine, auf Pflaster und Wege, auf Häuser und Türme, auf Baum und Strauch, auf Tier und Mensch. Eine große Müdigkeit drängt: dieses graue Einerlei. Alle festen Umrisse sind weggewischt, alles Strahlende ist tot, alles Lebendige gestorben. Nur vereinzelte Geräusche hallen: doch kein Lachen, kein Lied, kein Kinderlärmen. Das Licht vermag die zähen Nebel nicht niederzuringen. Der Sommer ist tot. Der Herbst webt seine Schleier. . . . —

Zur Kohlenversorgung.

Von der Ortskohlenstelle wird uns geschrieben:

Dadurch, daß schon im April d. J. der Verbrauch von Kohle für die Haushaltungen geregelt wurde, ist es gelungen, allen Haushaltungen mit nur geringen Ausnahmen bis heute einen Teil ihres Jahresbedarfs in den Keller zu schaffen. Allerdings konnte dies Ziel nur dadurch erreicht werden, daß in den letzten Monaten die zulässige Menge wesentlich herabgesetzt wurde. Nun nun den Haushaltungen, die infolge dieser Maßregeln nur wenig Kohle bekommen haben, entgegenzukommen, ist bestimmt worden, daß ihnen vom 22. Oktober an eine kleine Ergänzungslieferung zustehen soll. Natürlich kann es auch wieder Wochen oder Monate dauern, bis alle diese Haushaltungen versorgt werden können; das hängt ganz von der Zufuhr ab, auf die der Magistrat keinen Einfluß hat. Es kann also allen Haushaltungen nur dringend angeraten werden, nicht mit einer baldigen Lieferung zu rechnen, sondern mit allen Mitteln zu sparen. Es kommt auf jeden Stein an; zwei bis drei Steine weniger am Tage, macht im Monat für Halle 50 000 Zentner, oder annähernd 20 Prozent des Bedarfs aus. Bei der jetzigen Witterung kann nur in ganz verschwindend wenig Ausnahmefällen mehr als ein Zimmer geheizt werden. Meist wird mit einem Zentner die Woche auszukommen sein. Es hat jedenfalls gar keinen Zweck, Anträge auf Mehrlieferung zu stellen; die von dem Reichskommissar zur Verfügung gestellten Mengen reichen einfach nicht dazu aus, weitergehende Wünsche zu berücksichtigen.

Es ist auch nicht zulässig, etwa statt Braunkohlenbriketts Preßsteine oder andre Brennstoffe zu verlangen; der Mangel ist überall gleich.

Also sparen und nochmals sparen ist die einzige Losung für den, der es vermeiden will, auf einmal mitten im Winter, wenn es wirklich bitter kalt ist, vor dem Nichts zu stehen. Dann ist alles zu spät, und auch der Magistrat ist dann nicht in der Lage, zu helfen. —

* **Preiserhöhung für Brot und Mehl.** Am 18. Oktober ist eine Erhöhung des Roggenbrotpreises um 5 Pfennig eingetreten. Von diesem Tage an kostet somit das 2000-Gramm-Roggenbrot 85 Pfennig. Der Preis für Weißgebäck (5 Pfennig für 75 Gramm) hat sich dagegen nicht geändert. Die Mehlkleinhandelspreise sind gleichfalls erhöht worden. 370 Gramm (= 1 Brotmarke) Roggenmehl kosten 18 Pfennig, 370 Gramm Weizenmehl 21 Pfennig. — Die Erhöhung des Brotpreises ist durch eine von der Reichsgetreidestelle vorgenommene bedeutende Erhöhung des Mehlpreises notwendig geworden. Doch wird die am 1. November eintretende Brotkreduzierung durch Kartoffeln voraussichtlich erneut eine anderweite Festsetzung des Brotpreises nach sich ziehen. —

* **Ein Zwieback- und Keksverkauf für Personen über 70 Jahre** findet von Sonnabend an statt. Zum Einkauf berechtigen die besonders ausgegebenen grauen Warenbezugskarten. Auf den Abschnitt B dieser Warenbezugskarten dürfen zwei Pakete Zwieback oder ¼ Pfund Keks bezogen werden. ½-Pfund-Pakete sind nur auf zwei Warenbezugsmarken abzugeben. Die Preise sind auf den Paketen aufgedruckt. —

* **Ueber Zusatzbrotmarken** gibt der Magistrat erneut folgendes bekannt: Da nur eine beschränkte Mehlmenge zur Ausgabe von Zusatzbrotmarken an Schwerarbeiter zur Verfügung steht und weiteren begründeten Anträgen auf Bewilligung von Zusatzbrotmarken entsprochen werden muß, müssen die Zusatzbrotmarken denjenigen Personen gekürzt werden, auf die die Voraussetzungen für die Gewährung dieser Marken nicht mehr zutreffen. Aus diesem Grunde erhalten in der nächsten Woche alle Empfänger von Zusatzbrotmarken durch die Markenausgabestellen gelegentlich der Austeilung der Brotmarken den Vordruck einer Arbeitsbescheinigung ausgehändigt, von deren Ausfüllung durch den Arbeitgeber die Weitergewährung der Zusatzbrotmarken abhängig gemacht wird. Die ausgefüllten Arbeitsbescheinigungen sind gesammelt von dem Arbeitgeber umgehend dem Magistrats-Kriegsbrotausschuß einzusenden. —

* **Aller Absatz von Dörrobst,** auch im Handel, ist bis auf weiteres nur mit Genehmigung der Kriegsgesellschaft für Obstkonserven und Marmeladen erlaubt. Lohnverträge über das Dörren von Obst bedürfen in jedem einzelnen Falle der Genehmigung dieser Gesellschaft. Ausgenommen von den vorstehenden Vorschriften ist der Absatz von Dörrobst an die stellvertretende Inspekteur des 9. Armeekorps zu Altona und an die Zentrale für die Beschaffung der Verpflegung der Marine zu Berlin W 10, Königin-Augusta-Straße 38/42, sowie der Abschluß von Lohnverträgen mit diesen Dienststellen. Diese Absatzbeschränkung gilt nicht nur für alle gewerbsmäßigen, sondern auch für diejenigen nicht gewerbsmäßigen Hersteller von Dörrobst, die mehr als 20 Doppelzentner Dörrobst im Jahre herstellen. —

* **500 Mark Geldstrafe wegen Verfütterns von Gerste.** Der Rittergutsbesitzer Albert Demisch war wegen des Vergehens, ungefähr 84 Zentner Gerste nicht abgegeben und an sein Vieh verfüttert zu haben, zu einer Geldstrafe von 600 Mark verurteilt worden. Die Strafe hielt er für zu hoch und hatte deshalb beim hiesigen Landgericht Berufung eingelegt. Er bestritt, daß es sich um 84 Zentner handelte; ferner behauptete er, es im Interesse der hiesigen Kliniken, für die er die Milch liefert, getan zu haben. Das Gericht setzte die Strafe auf 500 Mark herab. —

* **Abholung von Winterkartoffeln.** Am Montag, von 8 bis 12 Uhr und 2 bis 4 Uhr, können diejenigen Personen auf dem Güterbahnhof, Postgleis 120, ihre Kartoffeln abholen, deren Bezugsscheine mit dem Aufdruck „Selbstabholer" und der Nr. 180 bis 425 versehen sind. —

* **Bezugsscheine für Wintertartoffeln aus dem Saalkreis** werden am Montag von ½9 Uhr bis 2 Uhr bei der Kreiskartoffelstelle, Kronprinzenstraße 12, für die Haushaltungen der Markenabgabestellen Kolwitzer Straße 6 und Trotzer Straße 15 abgegeben. —

* **Bezugsscheine für Winterkartoffeln aus dem Kreise Querfurt** werden am Montag von 9 bis 3 Uhr abgegeben in den städtischen Markenausgabestellen. Ausgenommen sind die Stellen Kurze Gasse 1, Bernburger Straße 24, Reilstraße 5 und Trotzer Straße 15. —

* **Ueber die Zuckerversorgung** hat der Magistrat folgende Bestimmungen erlassen: Die für die Zeit bis zum 21. November ausgegebenen Zuckerkarten des hiesigen Kommunalverbandes verlieren mit dem 31. Oktober 1917 ihre Gültigkeit. Die für den Monat November gültige Karte der Provinzialzuckerstelle über 750 Gramm ist mit einem Anhang nachstehenden Wortlauts versehen: „Sofort abtrennen. Beim Kleinhändler abgeben. Zuckerzeug gegen diesen Abschnitt verboten. Dient nur zur Vorannmeldung." Die Verbraucher-Bevölkerung und Nichtgewerbetreibende haben nach Empfang der Zuckermarke für November jenen Anhang sofort, spätestens bis zum 20. Oktober 1917, dem Händler zu übergeben, bei dem sie ihren Novemberbedarf an Zucker decken wollen. Die Einlösung der Zuckerabschnitte an den Lebensmittelkarten für Binnenschiffer erfolgt nur in dem Geschäfte der Firma A. Herrmann, Große Steinstraße 1. Sie erhalten dadurch Gültigkeit, daß sie in der städtischen Markenausgabestelle Gastwirtschaft Paradies mit dem Stempelaufdruck „Gültig für Halle" versehen werden.

* **Die Anmeldung zur Kundenliste** muß, worauf nochmals ganz ausdrücklich hingewiesen sei, von jedem Haushalt erfolgen, auch in den Fällen, in denen der bisherige Lieferant wiederum als Verkäufer gewählt wird. Es werden nur diejenigen Haushalte mit den städtischen Waren beliefert, die sich zeit neu angemeldet haben. Die Anmeldung muß nunmehr binnen 24 Stunden erfolgt sein. —

* **Der Verband der Berufsfischer für die Provinz Sachsen und Thüringen** hielt am Dienstag in Halle eine Versammlung ab. In den Verhandlungen wurde u. a. ein Referat über die Ergebnisse der Fischerei in den im Verbandsgebiet stehenden Fischgewässern gegeben. Hierbei wurde festgestellt, daß die bisherigen Ergebnisse hinter denjenigen des Vorjahres nicht zurückgeblieben sind und daher befriedigend, teilweise gut waren. Die Fischer haben aber auch alle ihre Kräfte eingesetzt, um sie zu erzielen. Bei Besitzwechsel in der Kreis wieder vermehrt angetroffen worden. Interessant war die Aussprache über die an einzelnen Orten geltenden Fischpreise, die zum Teil sehr voneinander abweichen. Der Vorsitzende betont dabei mit Nachdruck, daß man die Preise nicht zu hoch bemessen solle, damit auch die Minderbemittelten imstande seien, sich Fische zu kaufen. Von den einzelnen Innungen sind in diesem Jahre Angelkarten in beträchtlicher Zahl ausgegeben worden. Angesichts der jetzigen Ernährungsverhältnisse könne nicht dagegen gesprochen werden. Wenn jedoch wieder reguläre Verhältnisse obwalten, dann sei es im Interesse der Fischerei dringend geraten, der Angelei, die ihr Augenmerk auf eine ungerechtfertigte Ausbeutung der Fischgewässer richtet, Einhalt zu gebieten. —

* **Hohe Bestrafungen wegen unreeller Preisgebarung.** Gegen den Kaufmann Franz Körner in Halle, Merseburger Straße 45c, ist durch Strafbefehl des Amtsgerichts wegen übermäßiger Preisforderung eine Geldstrafe von 360 Mark oder 72 Tage Gefängnis festgesetzt worden. — Die Lebensmittelhändlerin Emma Reuschel geb. Hemer in Halle, Kutschgasse 4, ist durch rechtskräftiges Urteil des Landgerichts wegen Höchstpreisüberschreitung zu 300 Mark Geldstrafe oder 60 Tagen Gefängnis kostenpflichtig verurteilt worden. —

* **3000 Mark Belohnung wegen des Schkenditzer Mordes.** Der Regierungspräsident hat die Belohnung für die Ermittlung der Täter, die in der Nacht zum 20. September den Polizeisergeanten Arndt in Schkenditz ermordet haben, auf 3000 Mark erhöht. Unter Hinweis hierauf wird nochmals eine sachdienliche Mitteilung selbst geringfügig erscheinender Wahrnehmungen, die auf die Spur der Mörder führen könnten, an die kgl. Staatsanwaltschaft in Halle, die Kriminalpolizei in Halle und Leipzig oder an die Polizeiverwaltung in Schkenditz ersucht. —

Kapitän Bröhans Werbung.

Ein humoristischer Seeroman von W. W. Jacobs.

(32. Fortsetzung.) Nachdruck verboten

Kapitän Bröhan wartete auf eine Antwort, aber es kam keine. Der Alte setzte schnellen Schrittes seinen Weg fort.

„Er soll sich versteckt halten," fuhr der Kapitän fort. „Wenn er Ihnen je über 'n Weg kommt, können Sie ihn man sagen, daß seine Frau und seine Tochter Käthe seit fünf Jahren auf Nachricht von ihm warten, und daß er sich all diese Mühe und Aufregung um 'nen Mann macht, der so munter und gesund is, wie ich selbst. Guten Morgen."

Der alte Mann blieb mit einem Rucke stehen und holte, des Kapitäns ausgestreckte Hand ergreifend, tief Atem.

„Ich soll ihm sagen — daß — der Mann — lebt?" fragte er mit zitternder Stimme.

„Ganz recht," sagte der Kapitän freundlich und blickte, als er sah, wie das Gesicht des andern arbeitete, beiseite. Eine Zeitlang standen sie beide schweigend da, dann begann Kapitän Bröhan wieder.

„Wenn ich Sie nach Haus bringe," sagte er, „werd ich Ihre Tochter Käthe heiraten."

Er legte seine Hand auf die des Alten, der ohne ein Wort weiter umkehrte und mit ihm ging.

Sie wanderten langsam zum Hafen zurück, der Jüngere redend und der Alte zuhörend. Vor der Post blieb der Kapitän plötzlich stehen.

„Was meinen Sie, wenn wir 'n Telegramm schickten?" fragte er.

„Ich glaub," sagte der alte Mann eifrig, während er ihm in das Haus folgte, „das würd das richtigste sein."

Er beobachtete aufmerksam, wie der Kapitän Formular auf Formular abriß und nachdenklich an dem angefeuchteten Bleistift leckte, um auf diese Weise seinen Gedanken zu Hilfe zu kommen. Kapitän Häseler hatte als Analphabet vollste Sympathie mit einem, der die Qualen des Schreibens durchzumachen hatte, und beobachtete eine Zeitlang seine Anstrengungen mit respektvollem Schweigen. Nachdem aber auch das fünfte Formular als zerknitterter Ball zu Boden gerollt war, trat er dazwischen.

„Ich weiß nich recht, wie ich's abfassen soll," sagte der Kapitän zu seiner Entschuldigung. „Ich möcht's nich gern zu plötzlich machen, wissen Sie."

„Ganz recht," meinte der andre und beobachtete ihn weiter, bis plötzlich ein triumphierendes Lächeln den Mund des Kapitäns umzuckte, und er sich niederbeugte, um hastig einige Worte hinzukritzeln.

„Haben Sie's fertig?" fragte der Alte erleichtert.

„Was halten Sie davon?" fragte der Kapitän und las dann vor: „Ihr Vater sendet Ihnen beiden herzlichste Grüße."

„Ganz famos," murmelte Kapitän Häseler.

„Das is nich zu plötzlich," sagte Bröhan. „Es sagt nich, daß ich Sie gefunden hab oder sonst so was, läßt es nur durchblicken. Ich bin 'r ordentlich stolz auf."

„Das können Sie auch," sagte Kapitän Häseler, der in einer Stimmung sich befand, in der ihm alles recht war. „Himmel, wie sie sich freuen werden, die Aermsten! Ich schäm mir, ihnen vor Augen zu kommen."

„Unsinn!" sagte der Kapitän, der vorzüglicher Laune war, und schlug ihm auf den Rücken. „Was Ihnen not tut, das is 'n ordentlichen steifen Grog."

Er führte ihn in eine benachbarte Kneipe, und bald darauf sah die Mannschaft des Schoners, die schon besorgte und neugierige Blicke auf den Kai geworfen hatte, die beiden herankommen. Beide Kapitäne rauchten zur Feier des Tages mächtige Zigarren, und Kapitän Häseler machte, ehe er an Bord ging, halt und lobte in warmen Ausdrücken das Aussehen der „Seemöwe".

Die Mannschaft hielt mit der Arbeit inne und blickte erwartungsvoll auf, als sie an Deck kamen. Auf dem Antlitz des Koches zeigte sich ein wohlwollendes Lächeln, während Fiedje die Angst seiner Seele unter einer anscheinend stoischen Ruhe zu verbergen suchte.

„Dies is der Mann," sagte der Kapitän, dem Koche die Hand auf die Schulter legend, „dies is der Mann, der Sie gefunden hat, Käppen; der fixste und beste Mensch, der je mit mir gesegelt is!"

Unter diesen Lobpreisungen errötend, aber fest überzeugt, daß er sie voll und ganz verdiene, ergriff der Koch die Hand, die Kapitän Häseler ihm, nach kurzem innern Kampfe mit den Traditionen der Kapitäne, entgegengestreckt hatte, und schüttelte sie kräftig. Jetzt, wo er einmal angefangen hatte, gab der Alte gleich allen die Hand, mit dem widerstrebenden Fiedje schließend.

„Nanu, den Jungen hab ich doch schon gesehn," sagte er und stutzte. „Hab mich gestern mit ihm was erzählt. Das war's auch, was mich heut' hierher führte; wollt mal sehn, ob ich ihn nich wiederfinden könnt."

„Nee, jo was aber!" rief der erstaunte Kapitän. „Er is doch sonst so'n schlauer Bengel. Wo hast Du dem Deine Augen gehabt, Fiedje?"

Im Gefühl seiner Kränkung und Wut, als er die Gesichter der Mannschaft vor Freude erstrahlen sah, ließ der Junge diese Frage unbeachtet. Der Koch folgte dem Kapitän auf seinen Wunsch nach unten, und sein Wiedererscheinen war für seine Freunde das Signal zu erregten Fragen. Er beantwortete sie dadurch, daß er auf seine Tasche schlug und dann seine Hand hineinsteckte und fünf Goldstücke hervorzog. Zunächst hörte man nur Beglückwünschungen, dann aber begann Hinnerk, nach kurzem starkem Gehuste, einen kräftigeren Ton anzuschlagen.

„Möcht Du nu nich doch, daß Du das Syndikat beigetreten wärst, Schorie?" fragte er keck.

„Was?" sagte der Koch und steckte schnell sein Geld wieder ein.

„Ich fragt ihn, ob's ihn nun nich leid tun tät, daß er uns nich beigetreten wär," erwiderte Hinnerk, und versuchte, ruhig zu sprechen.

Der Koch streckte seine Hand aus und forderte die Landschaft durch einen flagenden Blick auf, Zeuge dieses schrecklichen Erpressungsversuchs zu sein.

„Du brauchst gar nich so zu kucken," sagte Hinnerk. „Fünfzig Mark will ich von Dir haben, und ich will sie auch wohl nehmen, bevor daß Du sie erst verlieren tust."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519171020-16/fragment/page=0005

* Die Luthergedächtnis-Ausstellung im städtischen Museum, Moritzplatz, wird am Sonntag mittag 12 Uhr eröffnet und dauert bis 4 Uhr. Um 5 Uhr Vortrag des Geheimrats Loobe über Luthers Werke. —

* **Straßenbahnunfall.** Auf bisher noch nicht geklärte Weise fiel an der Haltestelle an der Ulrichskirche eine hier wohnhafte Ehefrau aus einem Straßenbahnwagen und blieb besinnungslos liegen. Sie wurde mit dem städtischen Krankenwagen der kgl. Klinik zugeführt. —

* **Nicht von der fahrenden Straßenbahn abspringen.** An der Ecke der Bernburger Straße und Albrechtstraße sprang eine 20jährige Arbeiterin von einem noch in der Fahrt befindlichen Straßenbahnwagen und kam zu Falle. Da sie über Kopfschmerzen klagte, wurde sie der Revierwache zugeführt und später von Angehörigen abgeholt. —

* **Einbruchsdiebstahl.** In der Nacht zum Donnerstag wurden aus einem Keller in der Dittenbergerstraße eingemachte Früchte, Konserven und Wein im Werte von 100 Mark gestohlen. —

Städtischer Nahrungsmittelverkauf.

Kartoffeln. Von Montag an 6 Pfund auf Abschnitt B des neuen Kartoffelscheins.

Butter. Vom Dienstag an 45 Gramm auf den für die 66. Woche gültigen Abschnitt der Fettkarte.

Heringe. Montag vormittag 8 bis 12 Uhr 14001 bis 17500, nachmittags 2 bis 6 Uhr 17001 bis 21000 der Lebensmittelscheine. Jede Person zirka 110 Gramm in der Talamtschule. —

Theater, Sehenswürdigkeiten usw.

Stadttheater. Heute Sonnabend kommt Lortzings Oper „Zar und Zimmermann" zur Aufführung. Morgen Sonntag nachmittag 3½ Uhr wird als Fremdenvorstellung bei ermäßigten Preisen Neßlers „Trompeter von Säckingen" gegeben, abends 7½ Uhr findet die erste Wiederholung der komischen Oper „Giroflé-Girofla" von Lecocq statt. Am Montag wird Kleists „Prinz Friedrich von Homburg" mit Herrn Wilcke in der Titelrolle zum erstenmal in Szene gehen. Die Spielleitung führt Ludwig Masson. In den Hauptrollen sind beschäftigt die Damen Biedermann, Troeger, die Herren Teuscher, Roesler, Friedrich, Zistig, Kriwat, Eckhardt, Kühn, Förster, Monato, Schreiber, Trott, Pahl. Die nächste Aufführung von „Figaros Hochzeit" ist auf Dienstag den 23. festgesetzt. —

Thalia-Theater. Am Sonntag den 21. findet ein Gastspiel des Stadttheater-Personals im Thalia-Theater statt. Zur Aufführung kommt das beliebte Lustspiel „Doktor Klaus" von L'Arronge. —

Die Winterkonzerte des Stadttheater-Orchesters im Zoologischen Garten wurden am Donnerstag begonnen. Hierzu hatte der Kapellmeister Herr Karl Röhren eine geschmackvolle Vortragsfolge zusammengestellt; an ihrer Spitze die Ouvertüre zur Oper „Oberon" von C. M. von Weber, die dynamisch und rhythmisch ausgezeichnet zur Geltung kam, ebenso wie die nachfolgenden übrigen Tonwerke. Im ersten Teile boten noch das Andante aus der C-Dur-Sinfonie von Schubert, die Polonäse in A-Dur von Chopin und die immer wieder gern gehörte sinfonische Dichtung „Die Moldau" von Smetana eine angenehme Abwechslung. Der zweite Teil war Beethoven gewidmet und brachte die vom Konzertmeister Ewald Ohl ausdrucksvoll vorgetragene Romanze in F-Dur für Violine und die unvergleichliche „Leonoren"-Ouvertüre Nr. 3. Im dritten Teile wurden die Ungarische Rhapsodie Nr. 1 in F von Liszt sowie Wotans Abschied und Feuerzauber aus der „Walküre" von Wagner mit technischer Sicherheit und Klangschönheit zum Vortrag gebracht. Dirigent und Orchester ernteten reichen Beifall. —

Die U.-T.-Lichtspiele an der Alten Promenade bieten wieder einen äußerst interessanten, einen wissenschaftlichen Film: den zweiten Teil des wohl noch von früher her bekannten Filmes der Ostafrikanischen Jagdgesellschaft. Abermals werden äußerst interessante Jagdszenen aus Ostafrika geboten, Jagden auf den Ibis, Honigbär, die Antilope, den Flamingo usw., ergänzt durch ebenso interessante Szenerien aus den afrikanischen Steppen und Urwäldern. Der ganze Film gewinnt an Verständlichkeit durch entsprechende Erklärungen eines Teilnehmers jener Expedition. Wir empfehlen unsern Lesern diesen Film aufs angelegentlichste, möchten aber auch nicht unterlassen, unsre Schulen darauf aufmerksam zu machen, die hierdurch wesentlich für den Unterricht gewinnen können. —

Im Bunde zur Erhaltung und Mehrung der deutschen Volkskraft sprach am Donnerstag der Professor Herr Dr. Waetzold über Rembrandts Menschendarstellung. Er ging in vorzüglicher, ebenso formvollendeter wie tiefgründiger Weise die einzelnen Phasen der entsprechenden Entwicklung Rembrandts durch, von seinen ersten Versuchen an, die ihm ganz neuen Lebenserscheinungen möglichst naturgetreu festzuhalten, über sein Schwelgen in schönen Farbentönen und konzentrierten Kompositionen, bis zum tiefsten Verinnerlichen aller seiner Figuren, an denen er eigenstes Erleben in höchster Vollendung darstellte. Eine wertvolle Unterstützung erhielten diese Ausführungen durch sorgsam ausgewählte Lichtbilder, die vom Vortragenden in einer sehr feinen Weise erläutert wurden. —

Aus der Provinz.

Bitterfeld. Die Stadtverordneten hielten jetzt wieder eine Sitzung ab. Sie stimmten der Uebernahme aller Warenvorräte und Magazinmaterialien des Gaswerkes zum Preise von rund 33 000 Mark zu. Ueber den für das Gaswerk selbst zu zahlenden Preis schweben noch Meinungsverschiedenheiten. — Längere Zeit nahm die Beratung der Vorlage betreffend die Einführung einer Grundsteuer nach dem gemeinen Wert in Anspruch. Die eingesetzte Kommission hatte nach eingehender Prüfung und Rückfrage bei 133 Städten den Antrag gestellt, die im Entwurf vorgelegte Ordnung, aber nur zusammen mit der „Anweisung für den Steuerausschuß" zu beschließen. Dementsprechend wurde denn auch beschlossen. Aus der sehr eingehenden Begründung durch den Vorsitzenden der Kommission, Beigeordneten Fruhner, ging hervor, daß von dem durch die Grundsteuer aufzubringenden Kapital bei dem bisherigen Zuschlagssystem auf den unbebauten Grundbesitz nur 3 Prozent, auf den bebauten Grundbesitz dagegen 97 Prozent entfallen, sonach unbegründetermaßen gerade die leistungsfähige Industrie am wenigsten zahle. Bei der Wertsteuer dagegen entfallen auf den unbebauten Grundbesitz 36½ Prozent und den bebauten Grundbesitz 63½ Prozent. Bei einem für Bitterfeld im schlimmsten Falle zu berechnenden Tausendsatz von 3 ergeben sich auf Grund von Probeveranlagungen folgende Entlastungen: für Wohnhäuser mit kleinen Wohnungen von 11,6 bis 57 Prozent, für Wohnhäuser mit mittelgroßen Wohnungen von 13,1 bis 23,9 Prozent, für Wohnhäuser mit großen Wohnungen von etwa 10 Prozent. — Der Errichtung eines Mieteinigungsamts wurde zugestimmt. Als Beisitzer wurden gewählt: für die Mieter Maurer Böhme, Vertreter Herr Keppler, für die Vermieter Rentier Winkler, Vertreter Kürschnermeister Wille. Der Vorsitzende, sein Stellvertreter und der Schriftführer werden vom Magistrat ernannt. — Der Antrag des Magistrats, Einkommen bis zu 660 Mark von der Besteuerung freizulassen, wurde einstimmig genehmigt. — Ein Beschluß der Finanzkommission und des Magistrats, wonach den Mitgliedern der städtischen Körperschaften sowie den Beamten, Angestellten und Lehrpersonen bei Dienstreisen dieselben Tagegelder und Reisekosten zustehen sollen wie den Staatsbeamten, erhielt ebenfalls die Zustimmung. —

Bitterfeld. Die mißlichen Ernährungsverhältnisse führten in der letzten Stadtverordneten-Sitzung zu einer ausgedehnten Debatte. Der Stadtv. Lamscha brachte zur Sprache, daß es zurzeit nur 40 Gramm Butter pro Woche gibt. Ebenso fehle es an Fett. Er ersuchte, dahin zu wirken, daß mehr nach hier kommt. Der Stadtrat Richter erkannte die Beschwerde als berechtigt an, denn wer nicht geschlachtet habe oder sich sonst etwas einholen konnte, befinde sich in einer mißlichen Lage. Er wies auf die Bemühungen des Magistrats zur Abhilfe hin und erwähnte, daß er wiederholt mit anonymen Briefen behelligt werde, die er aber ungelesen in den Papierkorb befördere. Ferner geißelt er scharf die Unverschämtheit mancher Lieferanten hinsichtlich der Preise und der Qualität der gelieferten Lebensmittel. Der Bürgermeister Schmidt bedauerte, daß wir vielfach nur Margarine anstatt Butter erhalten haben. Andre Provinzen ständen sich in dieser Hinsicht besser, so sei in Städten der Provinz Brandenburg noch jetzt regelmäßig bis zu 60 Gramm gegeben worden. Wir seien als Zuschußkreis betrachtet und als Zuschuß werde nur Magarine gegeben. Es müsse angestrebt werden, daß die Provinz Sachsen besser gestellt werde, damit man mehr erhalten könne. Mit den Eiern sei man ebenfalls schlecht bestellt, aber bisher war nichts zu erreichen, die Eier seien meistens nach dem Industrie-Bezirk Rheinlands befördert worden. Seit August wurden der Stadt Bitterfeld 30 Dörfer für die Lieferung zugeteilt und habe man kürzlich ein Ei pro Person (dies seien auch schon über 18000 Eier) verteilen können. Nach dieser Weise würden wir hoffentlich öfters Eier geben können, sobald die Hühner wieder besser legten. Inzwischen müßten Zuschüsse von außerhalb unbedingt gewährt werden. In der weitern Debatte teilte Stadtrat Richter mit, daß stadtseitig vor 3 Wochen 100 Zentner Auslandsbutter bestellt waren, aber nicht eintrafen. Grieß und Graupen würden als haltbar vorläufig noch von den Provinzialbehörden etwas zurückgehalten. —

Merseburg. Ueber die Ablieferung von Eiern durch die Hühnerhalter im Stadtbezirk Merseburg erläßt das Lebensmittelamt eine neue Anordnung. Danach hat sich jeder Besitzer von Hennen bis zum 23. Oktober auf dem Rathause (Zimmer Nr. 23) darüber zu vergewissern, wieviel Eier auf ihn zur Ablieferung entfallen. Weiter bemerkt das Lebensmittelamt, daß die bisherige Ablieferung in ganz unzureichender Weise erfolgt ist. Es wird zur Vermeidung von Strafen vor Zuwiderhandlungen gegen die erlassene Anordnung gewarnt und darauf hingewiesen, daß eine sofortige Ablieferung aller abzuliefernden Eier gestattet ist. —

Merseburg. Der Magistrat hat zur nächsten Stadtverordneten-Sitzung bereits wieder verschiedene Anträge gestellt. So beantragt er nochmals die Anschaffung eines Knochen-Autoklaven zwecks Fettgewinnung im städtischen Behelfsschlachthaus beschließen zu wollen. Der von der Firma Jakob Ravené Söhne in Berlin angebotene Apparat stellte sich um ungefähr 1000 Mark billiger, als das Angebot der Fettogen-Gesellschaft war. Der Einbau eines Knochenkorbes in den Kochapparat wird nach den Erfahrungen in Weißenfels für unbedingt notwendig erachtet. — Zur Beheizung des Krankenhauses den Winter über ist eine Menge von 6000 Zentner Koks erforderlich. Hierfür sind zuzüglich der Kosten für Anfuhr, Fracht und Stempel sowie Einkarren rund 13000 Mark erforderlich. Da nur 6000 Mark im Haushaltplan zur Verfügung stehen, beantragt der Magistrat, die fehlenden 7600 Mark in Ausgabezugang zu bewilligen. — Der Vaterländische Frauenverein Merseburg-Stadt hat an die Stadt den Antrag gestellt, ihm den städtischen Mädchenhort zur Weiterführung zu überweisen und ihm die bisherigen städtischen Aufwendungen (1000 Mark) in bar auszuzahlen, damit die hier gehaltenen Mädchenhorte vom Vaterländischen Frauenverein auf eine einheitliche Grundlage gestellt und nach denselben Grundsätzen betrieben werden können. Der Magistrat hat diesem Antrag, den er für durchaus zweckmäßig hält, zugestimmt. —

— **Die städtische Lungenfürsorge** wird bisher durch eine Fürsorgestelle besorgt, in der der Fürsorgearzt Auskunft gibt, während die Fürsorgeschwester die weitere Fürsorge für den Kranken ausübt. Zur Verwaltung dieser Stelle besteht eine besondere Kommission. Der Vaterländische Frauenverein ist nun mit dem Antrag an die Stadt herangetreten, ihm die Ausführung der städtischen Lungenkrankenfürsorge zu übertragen, weil er beabsichtigt, diese Fürsorge unter Zuhilfenahme eigner Mittel und Zuwendungen von seinem Zentralverein aus auf eine noch breitere Grundlage zu stellen. Der Verein will die Kosten der Führung und Leitung der Fürsorgestelle übernehmen, für die Wohnung, deren Instandhaltung, Heizung und Beleuchtung aufkommen sowie für die Instandhaltung der ihm von der Stadt leihweise zu übergebenden Einrichtungsgegenstände der bisherigen Stelle. Weiter will der Verein den Fürsorgearzt anstellen und ebenso die Fürsorgeschwester. Dagegen soll die Auszahlung von Unterstützungen, Mietbeihilfen, Gewährung von Milch, Arznei und Stärkungsmitteln sowie die Unterbringung von Lungenkranken in Heilstätten usw. weiter Sache der Stadtgemeinde bleiben, weil ihr dazu besondere Mittel zur Verfügung stehen, die die Stadt weiter in eigner Verwaltung behalten will. Der Magistrat beantragt, unter jährlicher Bewilligung von 1000 Mark einen entsprechenden Vertrag abzuschließen. Dieser sieht vor, daß die eigentliche Leitung der Lungenfürsorgestelle innerhalb des Vaterländischen Frauenvereins einem besondern Ausschuß anzuvertrauen ist, der gebildet wird aus dem Fürsorgearzt und je zwei Vertretern des Vaterländischen Frauenvereins und der Stadt. Die Vertreter der Stadt ernennt der Magistrat. Außerdem ist die Vorsitzende des Vaterländischen Frauenvereins und der Magistratsdirigent selbst oder durch besonders bestellte Vertreter berechtigt, den Sitzungen dieses Ausschusses mit beschließender Stimme beizuwohnen. Fragen grundsätzlicher Art dürfen gegen die Stimmen der Vertreter der Stadtgemeinde nicht beschlossen werden. —

Merseburg. Zur Kohlenersparnis hat der Magistrat samt den Vertrauensmännern des Reichskommissars für Gas und Elektrizität tiefeinschneidende Bestimmungen getroffen. Warme Speisen und Getränke dürfen, abgesehen von der Zeit des ersten Frühstücks, in Schankwirtschaften, Vereins- und Versammlungsräumen und in Fremdenzimmern der Gastwirtschaften nur von mittags 12 Uhr bis abends 8 Uhr verabfolgt werden. Die Beheizung darf 18 Grad Celsius nicht überschreiten. Die allgemeine Geschäftszeit ist auf die Zeit von 8 Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags zu legen. Oeffentliche Verkaufsstellen dürfen wochentags nur von 8 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags geöffnet sein, Sonnabends bis 7 Uhr, Sonntags von 8½ bis 9½ und 11 bis 1 Uhr. In den Tagen 10. bis 24. Dezember dürfen die Verkaufsstellen bis 7 Uhr abends geöffnet sein. Die Beleuchtung und Beheizung der Theater, Lichtspielhäuser und sonstiger Vergnügungsstätten ist auf das unbedingt notwendige Maß zu beschränken. Kohlen zur Beheizung von Sälen zum Zwecke der Veranstaltung von Vorträgen, Konzerten und Lustbarkeiten dürfen nur verwandt werden für den Saal im Tivoli, Funkenburg und Neues Schützenhaus. Für Gewerbebetriebe, Schulen und Kirchen ist die Beleuchtung und Heizung, soweit wie möglich, zu beschränken. Eine allgemeine Treppenbeleuchtung ist nach 8 Uhr abends verboten. Die allgemeine Beleuchtung eines Raumes darf nur durch eine Lampe erfolgen. Die Benutzung der Gasheizöfen ist verboten. Die Inbetriebsetzung der mit eigner Feurung versehenen Warmwasser-Anlagen in Privatwohnungen ist verboten. Zentral-Warmwasserheizung fällt hierunter nicht. Die Benutzung von Gasbadeöfen ist untersagt. Das Brennen von Leuchtflammen und Kocheinrichtungen zur Raumheizung ist verboten. Der Gasverbrauch in den Haushaltungen darf unter keinen Umständen 90 Prozent des Verbrauchs im Vorjahr überschreiten. Für die Berechnung des Monats September wird nur der September des vorigen Jahres, vom Oktober ab der vorjährige Vierteljahrsverbrauch gegenübergestellt. Soweit der durchschnittliche Monatsverbrauch von 30 Kubikmeter in den Monaten April bis Juli und von 50 Kubikmeter in den Monaten August bis März nicht überschritten wird, bleibt die vorstehende Beschränkung außer Betracht. Die elektrische Raumbeheizung ist verboten. Elektrische Fahrstühle für den Personenverkehr sind außer Betrieb zu setzen. —

Naumburg. Diebstahl. Zwei eichene, wertvolle Stühle wurden aus dem Hausflur der Firma Wachter (Jakobstraße) gestohlen. Bereits verkauft und bahnfertig verpackt standen sie zum Abholen durch den Spediteur bereit. Da inzwischen Bahnsperre eingetreten ist, war der Abtransport verschoben worden. Inzwischen aber stellten sich ungebetene Abholer ein und sorgten auch ohne Bahn für die Beförderung.

AUFRUF zur deutschen Schwesternspende!

Hunderttausend Schwestern, Hilfsschwestern und Helferinnen stehen in aufopfernder Liebesarbeit hinter den lebendigen Mauern unsrer unbesiegbaren Heere. Was sie geleistet haben als Gehilfinnen unsrer Aerzte als Pflegerinnen, Trösterinnen und Retterinnen in den Kriegs-, Etappen-, Reserve- und Vereins-Lazaretten, wird als glänzendes Zeugnis für die Tatkraft und für die Opferfreudigkeit unsrer Frauen und Mädchen im Buche der Geschichte stehen. **Ein stilles Heldentum gilt es zu krönen.** Viele dieser Schwestern erlitten schweren Schaden an ihrer Gesundheit, vielen bleibt die Erwerbsfähigkeit genommen. Gemeinsam mit unsern Tapfern in Heer und Flotte bitten wir darum die Getreuen in der Heimat:

Lasset unser aller Dank zur Tat werden in der deutschen Schwesternspende.

Sammeltage am Sonntag d. 21. u. Montag d. 22. Oktober.

— Sämtliche Banken, Sparkassen und Zeitungs-Expeditionen nehmen Spenden entgegen. —

Vaterländischer Frauen-Verein Halle. Vaterländischer Frauen-Verein Halle-Saalkreis. Flottenbund deutscher Frauen.

Frau Dr. M. Krause-Dehne, Vorsitzende. Domprediger Lic. Baumann. Frau Baronin von Bülow. Geh. Kons.-Rat Prof. Dr. v. Dobschütz. Konsul Stadtrat Engelcke. Generaloberarzt Dr. Goerne. Kgl. Baurat Goesslinghoff. Ihre Exz. Frau Generalleutnant Hildebrandt. Bankdir. Hoppe. Frau Sanitätsrat Dr. Keil. Landrat von Krosigk. Grosskaufmann Leo Lewin. Geh. Sanitätsrat Dr. Mekus, Frau Geh. Reg.-Rat Kurator Meyer, Professor Regel, Frau Direktor Roediger, Frau Geh. Med.-Rat Schmidt, Frau Eisenb.-Präs. Seydel. Frau Geh. Komm.-Rat Steckner. Geh. Komm.-Rat Steckner. General Strübing. Stadtrat Dr. Tepelmann. Frl. Helene v. Trebra. Generaldirektor Zell.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519171020-16/fragment/page=0006